

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4941) vierteljährlich 1,80 Mk., für 2 Monate 1,20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. erfl. Bestellgeb.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlank.

Inserate werden die 5spaltige Zeile ober deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonntags und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonntags und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Glossen zum Parteitage.

Leipzig, 11. Oktober.

III.

Die heißesten Debatten entbrannten in Stuttgart um die Frage der Taktik. Sie führten zu keinem Abschlusse, der dieser oder jener Richtung das Existenzrecht innerhalb der Partei absprach, und sie konnten dazu auch nicht führen. Was sie aber leisten konnten, das haben sie geleistet: sie haben eine dankenswerte Klärung geschaffen.

Eine Klärung zunächst in dem Sinne, daß taktische Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei bestehen, und nicht bloß solche Temperamentsunterschiede, wie sie in einer so großen Volkspartei immer vorhanden sein werden. Sie sind einestheils schärfer und greifen anderenteils weiter, als sich bisher annehmen ließ. Wenn wir in unserem Begrüßungsartikel zum Parteitage meinten, daß mindestens neun Zehntel der Partei auf dem alten proletarisch-revolutionären Standpunkt ausharrten, so müssen wir diese Meinung nach dem Verlaufe der Stuttgarter Debatten als allzu optimistisch aufgeben. Die „praktischen Politiker“ haben entschieden einen größeren Anhang, und auch die „praktische Politik“ trennt sich schärfer von der alten Taktik der Partei. Allerdings erwiesen sich einzelne ihrer Formen und Vertreter von vollendeter Harmlosigkeit. Wenn Heine sich erst verächtlich über den „dünnen Kaffee mit recht viel revolutionärem Zucker“ aussprach, aber dann, unvorbereitet wie er war, mit höflich dankender Verbeugung zurücktrat, als ihm Kautsky eine Tasse des faden Getränks zur chemischen Analyse überreichte, so gestehen wir gern, daß wir die „Heimerel“ nicht als eine nennenswerte Gefahr für die gesunde Entwicklung der Partei fürchten.

Ganz anders aber stand es mit Vollmars Rede über die Taktik, die „lebhafteste Zustimmung“ und „stürmische Zustimmung“ erweckte, obgleich sie aus ihrem schroffen Widerspruch mit der alten Taktik, mit den „alten Klischees“ der Partei kein Hehl machte. Wenn wir sie nun auf ihren Inhalt prüfen, so schicken wir voraus, daß es uns zunächst darauf ankommt, nicht Kritik zu üben, sondern den Thatbestand festzustellen. Am fernsten liegt uns die Absicht, einem Manne wie Vollmar persönlich nahe zu treten; wir bezweifeln durchaus nicht seine prinzipielle Zustimmung zum Erfurter Programm, und wir wissen sehr wohl, daß ihm seine besonderen taktischen Anschauungen aus besonderen historischen Verhältnissen erwachsen sind, in denen er eine mühe- und verdienstvolle Parteithätigkeit entfaltet hat. Unter diesen Vorbehalten müssen wir aber sagen, daß die An-

sichten, die Vollmar in seiner Rede über die Parteitaktik niederlegte, allerdings von der bisherigen Taktik weit abweichen und von jedem liberalen Kathedersozialisten, sagen wir etwa, von einem Manne wie Lujo Brentano, vorbehaltlos unterschrieben werden können.

Da ist zunächst Vollmars Stellung zur Fabrikgesetzgebung und zur Gewerkschaftsbewegung. Er nannte es einen „Trugschluss“, daß der Arbeiterschutz im Interesse des Kapitalismus selbst gelegen sei und erklärte es für fraglich, ob die Trade-Unions trotz ihrer „sozialistenfeindlichen Haltung“, praktisch genommen, nicht mehr für das Los der Arbeiterklasse erreicht hätten, als in Deutschland erreicht worden sei. Für diese Ureile berief sich Vollmar darauf, daß Marx einmal die Wiedergeburt der englischen Arbeiterklasse von dem Erlaß der englischen Fabrikgesetze datiert und ein andermal die Trade-Unions die Preisfechter des europäischen Proletariats genannt habe. Beide Citate sind dem Wortlaut nach richtig, aber in dem Sinne, worin sie Vollmar anwandte, sind sie unrichtig. Er wollte damit die proletarisch-revolutionäre Anschauung bekämpfen, wonach Fabrikgesetze und Gewerkschaften unzulänglich sind, das Proletariat zu emancipieren, und es giebt wenige Punkte, über die Marx sich so entschieden, so klar und so oft ausgesprochen hat wie darüber, daß Fabrikgesetze und Gewerkschaften zwar ausgezeichnete Waffen des proletarischen Emancipationskampfes wären, aber niemals seine endgültige Lösung sein könnten.

Soweit wie Vollmar die Ansicht von Marx citiert, unterschreibt Brentano, und der Kathedersozialismus überhaupt, sie auch. Der Unterschied zwischen bürgerlicher Sozialreform und revolutionärem Sozialismus ist in dieser Beziehung nicht der: Sind Fabrikgesetze und Gewerkschaften nützliche oder unnützliche Dinge für die Arbeiterklasse? Sondern vielmehr der: Können Fabrikgesetze und Gewerkschaften die Arbeiterklasse dauernd befriedigen oder sind sie nur vorbereitende Stadien für die Zerbrechung der Lohnsklaverei und die Zertrümmerung der kapitalistischen Gesellschaft? Werden sie gefordert, um diese Gesellschaft zu erhalten oder zu zerstören? Dieser grundsätzliche Unterschied verschwindet in Vollmars Rede vollständig. Ja, in einem Punkt ist er sogar noch nicht einmal so consequent, wie der Kathedersozialismus. Brentano erklärt es wenigstens nicht für einen „Trugschluss“, daß der Arbeiterschutz im Interesse des Kapitalismus gelegen sei; er sagt vielmehr ganz offen: Jawohl, anders als durch Fabrikgesetze und Gewerkschaften ist die bürgerliche Gesellschaft nicht zu erhalten, und deshalb will ich sie auf diesem Wege retten.

Und nun Vollmars Stellung zur Pariser Kommune!

Er sagt, über historische Ereignisse sei schwer zu urteilen, weil sie gewöhnlich mit elementarer Gewalt kämen, aber schlechter würden die Pariser Arbeiter im Frühjahr 1871 der Sache des Proletariats nicht gedient haben, wenn sie geschlafen hätten, und so viel sei jedenfalls sicher, daß sich keine unhistorischere Auffassung denken lasse, als in der Kommune ein Stück Sozialdemokratie zu sehen. Nun erklärten, als die Pariser Kommune am 28. März sich erhob, Marx in London als Haupt der Internationalen, Bebel und Liebknecht in Leipzig als Führer der Eisenacher, Schweitzer und Hasselmann in Berlin als Führer der Lassalleaner augenblicklich: Das ist Fleisch von unserem Fleische und Blut von unserem Blut; so tief verfeindet damals die beiden Fraktionen der deutschen Sozialdemokratie waren, so haben sie über ihre Stellung zur Pariser Kommune niemals gestritten. Dabei waren Marx und Bebel und Schweitzer, wenn auch keine „praktischen Politiker“, so doch leidlich gescheite Leute, die keineswegs so „unhistorisch“ dachten, den Pariser Aufstand mit der deutschen Sozialdemokratie in einen Topf zu werfen, und die sehr gut wußten, daß ihre Solidaritätserklärung mit der Kommune der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung nicht den geringsten greifbaren Nutzen, wohl aber die schwersten Nachenschläge eintragen würde, wie sie denn auch in überreicher Fülle eingetroffen sind. Wenn sie trotzdem nicht achselzuckend sagten: die Pariser Arbeiter hätten auch klüger daran gethan, sich schlafen zu legen, sondern den „roten Lappen schwangen“ und die „roten Phrasen herbeteten“, so werden sie dazu allerdings wohl ihre guten Gründe gehabt haben, und ihre proletarisch-revolutionäre Politik hat sich denn auch auf die Dauer, wie jedermann aus der Geschichte der Partei weiß oder doch wissen kann, mit reichen Wucherzinsen gelohnt. Vollmar aber nennt die Solidaritätserklärung mit der Pariser Kommune einfach „Blanquismus“ und findet für diese Ansicht „lebhafteste Zustimmung“ auf dem Parteitage.

Seine Stellung einerseits zum Arbeiterschutz und andererseits zur Gewerkschaftsbewegung war der rote Faden seiner Rede, und wir brauchen auf ihre weniger wesentlichen Einzelheiten um so weniger einzugehen, als es uns, wie gesagt, zunächst nicht auf Kritik, sondern auf Feststellung des Thatbestandes ankommt. Mit den vorstehenden Proben glauben wir genügend gezeigt zu haben, daß tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über die Taktik auf dem Parteitage hervorgetreten sind. Es ist nun zwar richtig und überaus erfreulich, daß namentlich nach Kautskys glänzender und gründlicher Auseinandersetzung mit Bernstein bekannten Anschauungen die alte proletarisch-revolutionäre Taktik einen

Seuilleton.

Magdnen verboten.

Ansüßbar.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

Maria hörte ihn zu und sagte sich: „Er ist wahr und warm.“ — Und vielleicht war es das, wonach sie sich sehnnte von Kindheit an: Wahrheit und Wärme. Wohl hatte man sie vergöttert und verwöhnt; aber wieviel Falschheit war bei dieser Vergötterung, die servile Leute ihr erwiesen, wieviel — wenigstens äußere — Kälte bei der Bewöhnung, die sie von ihrem Vater und nun erst von Tante Dolph erfuhr.

„Der Ernst auf Ihrer Stirn,“ sprach Hermann, „der hat mich bezaubert; er ist, was ich zuerst an Ihnen geliebt habe, und jetzt wird es mein heißes Bestreben sein, ihn allmählich zu zerstreuen. Sie sollen gefest durchs Leben wandeln, eingehüllt in meine Liebe. . . Ich bin zu glücklich,“ brach er aus, — „ich verdien' es nicht — was müßte der sein, der Sie verdiente, Maria! Maria!“

Sie trat einen Schritt zurück, sie vermied den Blick voll leidenschaftlicher Andacht, der den ihren suchte, und sprach: „Nein, nicht so — Sie sind ja besser als ich. . . haben Sie Geduld mit mir.“

IV.

Sie wurden ein stilles und feierliches Brautpaar. Maria blieb kühl und gemessen. Dornach bekämpfte immer sieg-

reich jede Regung seines überstürmenden Gefühls. In der Gesellschaft erhoben sich Streitigkeiten, weil die einen behaupteten, er sei ihr, und die anderen wissen wollten, sie sei ihm gleichgültiger. Dennoch erging sich alle Welt in so überzeugten und gerührten Glückwünschen, als ob Romeo und Julia aus ihren Gräbern auferstanden und im Begriffe gewesen wären, sich häuslich einzurichten.

Unter den vielen Oberflächlichen, deren hohles Geschwätz geduldet und für deren als Teilnahme verkleidete Neugier gedankt werden mußte, gab es aber doch auch einige wohlwollende, treue Menschen, gab es vor allem Fürstin Alma Tessin. Maria liebte sie, verehrte ihre grenzenlose Herzengüte und war voll Mitleid mit ihrer Befangenheit, die von Jahr zu Jahr zunahm. Die Fürstin fragte Maria um Rat, lächelte ihre Hände, hatte in ihrer Gegenwart etwas Demütiges und Bescheidenes, das dem jungen Mädchen ein Uebergewicht über die Frau, die beinahe ihre Mutter hätte sein können, förmlich aufzwang.

Eines Vormittags kam Fürstin Tessin zu Tante Dolph und fand dort das Brautpaar. Maria schritt ihr entgegen, Hermann erhob sich. Alma sah ihn zum ersten Male seit seiner Verlobung, und es geschah unerwartet. Auf ihrem zarten Angesichte wechselten die Farben.

„Gut Dornach,“ sprach sie, „ich habe noch nicht Gelegenheit gehabt, Ihnen meinen innigen, meinen freudigen . . . sie hielt inne, von unüberwindlicher Verwirrung ergriffen und blickte beschwörend zu ihm empor: „Erbarme Dich,“ jählen sie zu sagen, „sieh' was ich leide, und erbarme Dich.“ Ihre stumme Bitte blieb unerfüllt. Er verbeugte sich, murmelte ein paar höfliche Redensarten und nahm ihre Hand nicht, die sie ihm zitternd hatte reichen wollen und nun mit einer Gebärde der Trostlosigkeit niedergleiten ließ. Hermann nahm Abschied und ging.

Das Herz Marias schwoh vor Unzufriedenheit mit ihm. Was berechtigte ihn zu diesem ablehnenden Benehmen gegen ein Wesen, das ihr teuer war? — Almas Verwandtschaft mit Tessin, flog es ihr durch den Kopf. Aber nein! weder Dornach noch irgend jemand konnte eine Ahnung von dem flüchtigen Interesse haben, das jener Mensch ihr eingestößt. Tessin war scheinbar nicht mehr um sie bemüht gewesen, als zwanzig andere. Daß sie ihm den Vorzug gegeben, blieb ihr, sogar gegen ihn selbst, streng bewahrt Geheimnis. Aber die Eifersucht sieht scharf — der arglose Herrmann verdankt ihr vielleicht einen Seherblick.

Als er am Abend wiederkam und den wunderfähnen Blumenstrauß brachte, der täglich aus den Gewächshäusern von Dornach für die zukünftige Herrin anlangte, wies Maria die Gabe zurück:

„Vorher will ich wissen, was haben Sie gegen Alma?“ Er zögerte mit der Antwort: „Sie ist mir. . . Unrichtigkeit über alles, nicht wahr? — Nun denn, sie ist mir unangenehm.“

„Unangenehm? Verzeihen Sie, das begreife ich nicht — ausgenommen, Sie hätten die Kunst entdeckt, die Schönheit zu hassen und die Güte,“ rief sie herb, und er erwiderte mit seiner gewohnten bescheidenen Gelassenheit:

„Ich habe nicht von Haß gegen Fürstin Tessin gesprochen, ich bewundere ihre Schönheit.“

„Sie sieht eben aus, wie sie ist,“ fiel Maria lebhaft ein; „so blond, so weiß, so düstlich, von so überirdischer Anmut umflossen, habe ich mir in meiner Kindheit die Engel vorgestellt.“

Seltam war der Eindruck, den diese Worte auf ihn hervorbrachten; ein Schatten von Verlegenheit flog über sein Gesicht, und zugleich malte sich darin die tiefste und liebevollste Nüchternung.

sichtlichen Triumph davonzug, allein es wäre eine gefährliche Illusion, daraus zu schließen, daß die von Bismarck vertretene Richtung das Zeitliche gezeichnet habe. Dazu wuzelt sie viel zu tief, wo sie sich einmal eingewurzelt; es handelt sich ja gar nicht mehr bloß um verschiedene Gedanken über die Parteitaktik, sondern schon um eine total verschiedene Denkweise, die nicht mit einem Schläge herumgeworfen werden kann. Es fragt sich demnach, ob diese Meinungsverschiedenheiten vertuscht oder ob sie ausgeglichen werden sollen, und wenn sie ausgeglichen werden sollen: wie sie ausgeglichen werden können.

Politische Uebersicht.

Die Gesandtschaft beim Vatikan.

Wie bereits gemeldet, hat die Regierung durch das Wolffsche Bureau die Nachricht verbreitet: „Der königlich preussische Gesandte beim päpstlichen Stuhle, Wirklicher Geheimer Rat v. Bülow, welcher sich zur Zeit auf Urlaub in Deutschland befindet, wird voraussichtlich nicht auf seinen Posten zurückkehren.“

Soll die Gesandtschaft beim Vatikan überhaupt aufgehoben, oder nur Herr v. Bülow durch einen anderen Diplomaten ersetzt werden? Und bedarf es bei einem einfachen Personalwechsel einer so eigen gefassten offiziellen Note?

Verschiedene Blätter deuten deshalb die Mitteilung als einen Wink, daß die Aufhebung der preussischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl zwar noch nicht beschlossen ist, aber möglicherweise beschlossen werden kann. Es ist also ein Avis au lecteur an die Adresse des Papstes.“

Die preussische Note folgt auf dem Fuße der Ansprache, die der Papst bekanntlich am Sonnabend an eine Abordnung französischer Pilger gehalten hat. Leo XIII. hob hervor, daß die Pilger gekommen seien, ihm zu danken für seinen kürzlich vollzogenen Akt, wodurch die früheren Erklärungen des heiligen Stuhles über das traditionelle Protektorat Frankreichs im Orient bestätigt worden seien. Dieser Erklärung des Papstes ist vorhergegangen ein Schriftwechsel mit dem Kardinal Langenieux. Der Kardinal hatte dem Papst die Idee unterbreitet, ein nationales Komitee zu gründen zur Wahrung und Verteidigung des französischen Protektorats. Der Papst richtete hierauf am 20. August ein Schreiben an Langenieux, worin er erklärt, Frankreich habe im Orient die Mission, die die Vorsehung ihm anvertraute, die bestätigt sei durch internationale Verträge und anerkannt von der Congregatio de propaganda fide durch die Erklärung vom 22. Mai 1888. Leo XIII. bestätigte dies Circular feierlich, das erklärte, daß der Schutz Frankreichs, wo er in Kraft sei, gewissenhaft anrecht erhalten werden müsse, und das die Missionare ausdrücklich anwies, im Falle der Not sich an die französischen Konsule und Agenten zu wenden.

In Wirklichkeit übt und besitzt jeder souveräne Staat das Recht und die Pflicht, seine Angehörigen und deren Anhalten in fremden Ländern zu schützen. Allerdings kann eine Macht zu Gunsten einer anderen darauf verzichten. Deutschland aber hat mit Frankreich niemals einen solchen Vertrag abgeschlossen. Die französischen Rechte gründen sich auf einen Vertrag, der zwischen Frankreich und der Türkei abgeschlossen wurde, der wohl für diese beiden Staaten gilt, aus dem aber niemals französische Rechte über deutsche Angelegenheiten hergeleitet werden dürfen.

Was bedeutete die Aufhebung der preussischen Gesandtschaft? Besteht nicht in Rom schon eine deutsche Botschaft, die beim Könige von Italien accredited ist?

Mit Rücksicht auf die gespannten Verhältnisse zwischen dem Königreich Italien und dem Vatikan ist seiner Zeit zur Erleichterung des diplomatischen Verkehrs mit dem Papste die besondere Gesandtschaft seitens des Fürsten Bismarck eingesetzt worden, als er im Kulturkampfe Friedensunterhandlungen mit dem Papste begonnen hatte. Die Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl ist keine deutsche, sondern eine preussische Gesandtschaft und wird aus den Mitteln des preussischen Staats unterhalten als Vertretung des preussischen Staates bei der obersten kirchlichen Behörde der Katholiken Preußens.

Die Centrumpresse hat sich in der Protektoratsfrage gegen das französische Schutrecht gewendet.

Das Berliner Centrumsblatt, die Germania, erwähnt, daß schon im vorigen Jahre Gerüchte aufstauten über den Rücktritt Bülows infolge seines hohen Alters. Eine politische Bedeutung erlangte der Rücktritt durch die Art und Weise der Verbreitung,

besonders im gegenwärtigen Augenblick, wo neben die Ansprache des Papstes an die französischen Pilger bekannt gegeben wird.

Der Gesandte von Bülow hat nach der Germania in der Zeit, wo die Protektoratsfrage den Gegenstand der Diskussion bildete, Urlaub gehabt wegen der Hochzeit seiner Tochter mit einem Innsbrucker Professor, so daß seinerseits ein persönliches Eingreifen erfolgt sein dürfte. Ob darin das Auswärtige Amt etwas vernimmt, entziehe sich der Kenntnis. Die Germania vermutet, daß das Auswärtige Amt mit dem Rücktritt Bülows nicht so sehr dem Papst „als dem Kardinalstaatssekretär Rampolla seine Missbilligung über die Protektoratsfrage hat kundgeben wollen, damit aber zugleich betonte, daß Deutschland, das seine eigenen Landeskindern im Orient selbst zu schützen gewillt und im Stande ist, kraft seiner Souveränitätsrechte in diesem Punkte von keiner anderen weltlichen Macht, insbesondere nicht von der französischen Regierung mit ihren Protektoratsansprüchen eine Einmischung dulden will. Das abermals zu betonen, dürfte der Zweck der Abberufung des Herrn v. Bülow sein.“

Einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedeuete der Rücktritt des Gesandten v. Bülow nicht und noch weniger habe er einen kirchenpolitischen Charakter; es sei lediglich eine diplomatische Aktion im internationalen Verkehr.

Der Artikel der Germania schließt:

Die deutsche Regierung beharrt auf ihrem durch das internationale Völkerrecht wie durch das Souveränitätsrecht begründeten Standpunkt, daß das deutsche Reich kraft seiner Souveränität die Rechte der deutschen Katholiken im Orient zu schützen hat, und in diesem Rechte nicht durch verneinliche Protektionsansprüche Frankreichs, deren Ausübung deutschen Katholiken schwerlich zu gute kommen wird, beeinträchtigt werden kann und darf. Frankreich kann und wird nicht verlangen, ein Recht darauf zu haben, für deutsche Landeskindern im Orient die Rolle einer Gouvernante zu übernehmen, die diese Kinder nun einmal nicht leiden kann.

Die offiziöse Kölnische Zeitung schreibt mit nicht missverständlicher Deutlichkeit:

Der Veröffentlichung der Ansprache des Prinzen v. Grov (der als Geheimkammerer des Papstes und in dessen Gegenwart die päpstliche Ansprache verlas) an die französischen Pilger ist die deutsche Antwort auf dem Fuße gefolgt. Die Antikindigung, daß der Gesandte v. Bülow voraussichtlich nicht auf seinen Posten zurückkehren werde, bedeutet keinen Abbruch der diplomatischen Beziehungen, ist aber ein Beweis dafür, daß die früher so freundlichen Beziehungen zum heiligen Stuhle eine Erdringung erfahren haben. Wir bebauern das lebhaft, denn ein freundschaftliches Einvernehmen zwischen Deutschland-Preußen und dem Vatikan ist in beiderseitigem Interesse erwünscht und hat auch beiderseitig mehr wie einmal gute Früchte getragen. Wir bebauern dies ferner, weil ein großer Teil unserer katholischen Mitbürger in dem guten Einvernehmen zwischen dem Kaiser und dem Papste eine Verhöhnung fand und in ihm den äußeren Ausdruck der unsern Gerächens ganz von selbst feststehenden Thatsache erblickte, daß der Kaiser seinen katholischen Unterthanen jedes mögliche Entgegenkommen und volle Gerechtigkeit widerfahren lassen wolle. Nicht trieblich, zeitweise sich sogar bis zu einer gewissen Wärme gestaltend, hat sich dieses Verhältnis zwischen Deutschland und dem Vatikan entwickelt, bis kürzlich französische Treiberelien die erste Störung hervorbrachten. Die Politik der Kurie, die der atheistischen, religionslosen, französischen Republik immer die weitestgehende Rücksicht bewies, zeigte dies auch in überraschender Weise, indem sie durch den Brief an den Kardinal Langenieux den Franzosen viel Entgegenkommen bezüglich des Schutzes über die Christen im Orient bewies, das von Deutschland bekanntlich nicht anerkannt wird. Die Art der Stellungnahme konnte als milder freundlich betrachtet werden und es war nur erklärlich, daß der deutsche Gesandtschaftsträger beim Vatikan in freundschaftlicher Weise um Aufklärung bat, die ohne weiteres in entgegenkommender, befrriedigender Weise gegeben wurden. Nach ihnen konnte man in Berlin annehmen, daß man in Rom keineswegs beabsichtige, für französische Ansprüche sich ernstlich ins Zeug zu legen, Frankreich vielmehr überlassen werde, seine angeblichen Rechte selbst zu verfechten. Deutscherseits glaubte man diesen Erklärungen volles Vertrauen entgegenbringen zu können und nahm als selbstverständlich an, daß der heilige Stuhl, ebenso wie er auf jeden Protest gegen die deutsche Auffassung verzichtete, auch alles unterlassen werde, was geeignet erscheinen könnte, die französischen Forderungen, sei es auch nur moralisch, zu unterstützen.

Nun hat sich leider herausgestellt, daß es der französischen Partei im Vatikan gelungen ist, die Politik der Kurie in eine Bahn zu leiten, die diesen Voraussetzungen nicht entspricht. Die vom Prinzen Grov in Gegenwart des Papstes gehaltene, ihrer ganzen Form nach hochoffizielle Ansprache an die französischen Pilger enthält zwar keinen direkten Protest gegen die deutsche Auffassung über das Schutrecht, wirkt aber unzweifelhaft als Ermittlung der französischen Ansprüche. Man hätte im Vatikan wissen sollen, daß nach allen vorangegangenen Verhandlungen eine abermalige lobende Hervorhebung des tra-

ditionellen Schutzes der Franzosen in Deutschland nicht anders denn als unfreundliche Handlung aufgefaßt werden mußte.

Wir glauben, daß unsere leitenden Persönlichkeiten nicht ohne schwere Bedenken und mit aufrichtigem Bedauern zu dem Schlusse gekommen sind, daß eine andere Auslegung ganz unmöglich ist. Hatten sie aber einmal diese Ueberzeugung erlangt, so war es auch klar, daß es der Würde Deutschlands nicht entsprochen haben würde, dies unbeachtet hingehen zu lassen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Papst in seinem Gerechtigkeitsgeföhle erkennen wird, daß die Unterstützung der französischen Ansprüche in keiner Weise berechtigt ist, wie wir auch zu seiner so oft bewährten hohen politischen Einsicht das Vertrauen hegen, er werde einen Weg finden, um den Miß, der in den Beziehungen zu Deutschland eingetreten ist, wieder zu heilen.

Die diesbezügliche Haltung der deutschen Katholiken glebt die Bürgerschaft, daß sie nach wie vor das deutsche Recht gegen französische Annahme verteidigen werden. Die deutsche kirchliche Presse hat trotz der Angriffe und Schmähungen der französischen Presse ein nationales Denken und Wollen beibehält und der französisch-kirchlichen Presse würdig geantwortet. Sie hat jetzt die Aufgabe, von dem schlecht unterrichteten Papste an den besser unterrichtenden zu appellieren und dadurch sowohl der Sache der Kirche als auch des Vaterlandes einen Dienst zu erwirken. Wir hoffen, daß in diesem Falle ganz Deutschland ohne Unterschied der Konfession dem Auslande gegenüber einmütig geschlossen dastehen wird.

Das nationalliberale Kulturkämpferblatt vom Rhein schlägt die sanftesten Töne gegenüber dem Centrum, der „regierenden Partei“, an, dem ein glänzendes Führungszeugnis ausgestellt wird. Der Papst wird als Opfer einer Täuschung französisch gesinnter Kardinal hingestellt, der Kardinal-Staatssekretär Rampolla erscheint als Friedensstörer. Mit Einzelzungen preist die Kölnische Zeitung, die wider Papst und Ultramontanismus sonst so „tauber“ zu Felde zieht, die Vorzüge des guten Verhältnisses zwischen Deutschland und der Kurie. Ein liebliches Bild!

Deutsches Reich.

Des Kaisers Jerusalemfahrt.

Von der „Abkürzung“ der Reise.

Die Deutsche Tageszeitung schreibt: „Man wird das richtige wohl treffen, wenn man das nächstliegende als Erklärungsgrund für die Abkürzung der Reise gelten läßt. Das aber ist die Schwierigkeit der Eisfelleisung bei einem Besuch des Kaisers in Ägypten. Ägypten steht bekanntlich nominell unter der Oberhoheit des Sultans, der Khedive gilt nur als Vertreter des türkischen Oberherrn. Thatsächlich jedoch ist Abbas II. ein Vasall der Engländer, die namentlich seit dem Siege bei Abdurman die eigentlichen Herren des Landes sind. Tritt nun der Kaiser in Ägypten, wie es ursprünglich beabsichtigt war, als Gast des Khedive auf, so erkennt er damit die Oberhoheit des Sultans über das Nilland an. Das würde die Engländer natürlich verstimmen. Betrachtet der Kaiser sich aber als Gast Englands, so ist das eine förmliche Anerkennung der englischen Herrschaft über Ägypten. Der Kaiser würde dadurch nicht nur den Sultan verlegen, sondern auch Frankreich und Rußland vor den Kopf stoßen. Letzteres ist also auf jeden Fall ausgeschlossen. Einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten hat das Hofmarschallamt nicht gefunden, und so unterbleibt die Reise nach Ägypten.“

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung bemerkt: „Jene zarte Rücksichtnahme auf England beweist, daß maßgebende politische Kreise in Deutschland gerade jetzt Wert auf ein gutes Einvernehmen mit dem Inselreich legen. Wir glauben bezweifeln zu müssen, daß man diese Rücksicht damals und auch noch Jahr und Tag später genommen hätte, als das Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Krüger von Transvaal abging. Die Eisfelleisungswirrigkeiten bezüglich des Empfanges in Ägypten bestanden doch ganz gewiß schon und waren dem Oberhofmarschall bekannt, als das Reiseprogramm festgelegt wurde; inzwischen ist freilich das deutsch-englische Abkommen über Südafrika geschlossen oder beraten worden, und daher sollen wir England ja nicht wehe thun. Der wahre Grund für die Abkürzung der Reise ist also in der wieder einmal aufgewärmten Freundschaft für England zu suchen.“

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Ein 19-jähriger Schneidergeselle aus Landau in der Pfalz, Heinrich Schuhmacher, der bei dem Schneider Blau in Mannheim arbeitete, ließ eines Tages in angetrunkenem Zustande eine cynische Bemerkung über den Kaiser fallen. Ein Nebenarbeiter, der Schneider Christian Thirwächter, der es liebte

„Ich will Sie heilen von Ihrer Abneigung,“ fuhr Maria fort. „Das Mittel dazu ist einfach: Sie müssen Alma besser kennen lernen, dann wird meine beste Freundin auch die Ihre werden und bei uns ihr zweites Zuhause finden — wenn es Ihnen recht ist.“

Es fiel ihm schwer, den Jubel, den dieses „bei uns“ in ihm erweckt hatte, zu unterdrücken; doch bezwang er sich und versetzte: „Sie werden in Ihrem Hause empfangen, wenn Sie wollen, und ihn und lassen, was Sie wollen; mir wird es recht sein. Nehmen Sie jetzt die Blumen?“

„Gern, und ich danke Ihnen,“ antwortete sie und dachte: „Er ist ein vortrefflicher Mensch, und ich werde ihn lieb haben wie einen Bruder.“

Dornach hörte nicht auf, seine Huldigungen mit der größten Anspruchslosigkeit darzubringen. Seine erfinderischen Aufmerksamkeiten für seine Braut waren in seinen Augen das Selbstverständliche; ein Zeichen der Zustimmung von ihr, einen freundschaftlichen Blick empfing er wie Himmelsgaben. Gräfin Dolph neckte und versicherte ihn, er beschämte die ganze Tafelrunde: solch ein altmodisch ritterlicher Bräutigam wie er bereite dem Ehemann einen schweren Stand.

Hermann lachte und behauptete, daß er nicht mehr sei und nicht mehr sein wolle als korrekt. Maria habe ihn ihren Wahlspruch: „Nur ruhig!“ anvertraut, er halte sich an den seinen: „Nur korrekt.“

Und so waren denn seine fürstlichen Geschenke, so war der unerhöht großmütige Heiratsbrief den er ausstellte, so war jeder Beweis seiner unbegrenzten Sorgfalt für das Wohl und Behagen der Gegenwart und Zukunft seiner Braut: „Nur korrekt.“

Gräfin Dornach benahm sich gegen die Verlobte ihres Sohnes ganz und gar in seinem Sinne, der ihr plötzlich maßgebend geworden. Für die von orthodoxem Familien-

geist besetzte Frau war der unmündige Junggeselle Hermann in den respektwürdigen, zukünftigen Stammhalter seines edlen Geschlechts verwandelt, und der alten Generation kam nichts mehr zu, als — Platz machen.

Agathe trat mit großartigem Gleichmut vor der zurück, die nun an ihrer Stelle die Erste im Hause Dornach sein sollte. Sie legte zu deren Gunsten den Majoratschmund so gleichgültig ab, als ob es sich um ein Paar getragener Handschuhe gehandelt hätte.

Sie traf ihre Anordnungen zur Uebersiedelung aus dem Palais nach einem Methause in der Stadt, wo sie einige Wintermonate, und nach dem Witwenstige Dornachthal, wo sie den größten Teil des Jahres zubringen wollte. Es war dies ein trauriger Aufenthalt in rauher Gegend, zu Füßen der Braneeer Berge, und Hermann versuchte in jeder Weise, seine Mutter abzuhalten, ihn zu beziehen. Sie sollte in Dornach bleiben, in dem Flügel des Schlosses, den sie von jeher den drei anderen vorgezogen. Dort hatte sie ihr kurzes Eheglück genossen, dort ein Menschenalter hindurch als Gebieterin gehaust, dort sollte sie auch ferner hausen in der Nähe ihrer Kinder, von ihnen geehrt, geliebt, aber unbehellig. Sie ließ sich nicht erbitten, ihr Entschluß war unerschütterlich: Sie danke Gott, sagte sie, für die endlich erlangte Gnade, ihr Leben in Ruhe und im Gebet für sich und die Ihren still zu Ende spinnen zu dürfen.

So tadellos auch alles war, was die Gräfin that und sagte, Maria vermochte dennoch kein Herz zu ihr zu fassen; diese Tadellosigkeit wurde zu frostig ausgeübt. Das zurückhaltende Wesen ihres Vaters flößte Maria Bewunderung ein, weil sie voraussetzte, daß sich ein großer Reichtum hinter demselben verberge. Die Zurückhaltung der Gräfin aber schien ihr einen Mangel verdecken zu sollen. Wenn sie nach einem Besuche bei der Mutter ihres Verlobten Abschied nahm,

erhielt sie einen Kuß auf die Stirn, dessen eifige Kälte sie vom Wirbel bis zur Sohle durchschauerte.

Einmal, da Gräfin Dornach einen neuen Beweis ihrer ungeheurer Selbstentäußerung geben wollte, wagte Maria abzuwehren. Agathe lächelte, gab dem olympischen Haupte einen kleinen Nuck ins Genick und sprach:

„Nimm es nicht zu hoch, liebes Kind, es geschieht vielleicht nur für die Gräfin von Dornach.“

Am Abend vor der Hochzeit ließ Graf Wolfsberg seine Tochter zu sich bescheiden. Er erwartete sie, am Schreibtisch sitzend, in seinem großen Fauteuil, den Kopf zurückgelehnt, die Beine gekreuzt, und überdachte, was er ihr sagen wollte. Es war gar viel. — Daß sie ihm ein braves und gehorames Kind gewesen, ihm auch nicht eine Stunde getrübt, daß ihm der Abschied schwer falle, daß er aber einen Trost finde in der festen Hoffnung, sie werde glücklich sein. Und nun das Lob Hermanns und einige gute Ratschläge für die Zukunft. Dem Grafen war es eine ausgemachte, durch hundert Erfahrungen bestätigte Thatsache, daß jede junge, unschuldige Frau sich in den Mann verleiht, der sie zuerst das Leben kennen lehrt.

Maria wird keine Ausnahme machen, und er wollte ihr auf die Seele binden, in ihrer Leidenschaft nicht selbstsüchtig zu werden und stets ihre Würde zu wahren. Die Treue, meinte er, die der Mann seiner Frau am Altare geschworen, ist eine andere als diejenige, deren Schwur er von ihr empfing. Eine scheinbare Vernachlässigung, eine flüchtige Zerstreung des Gatten wird von dem Weibe, das sich selbst achtet, übersehen.

(Fortsetzung folgt.)

sich als wütenden Sozialisten aufzuspielen, denunzierte seinen Kameraden. Schuhmacher wurde wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Essener Strafkammer verurteilte den Bergmann Nikolaus Sabant aus Katernberg wegen Majestätsbeleidigung in drei Fällen zu zwei Monaten 14 Tagen Gefängnis. Bei der Verhandlung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

* Berlin, 11. Oktober. Der Reichstag soll, wie die Post meldet, am 16., 17. oder 18. November eröffnet werden. Trifft diese Meldung zu, so würde der Kaiser auch seinen Ausflug nach Syrien abkürzen; denn nach dem Reiseprogramm sollte die Abfahrt aus Beirut erst am 16. November erfolgen.

Die Freisinnige Zeitung schreibt: Die Nordlandreisen des Kaisers fielen bisher in eine politisch durchaus stille Zeit. In betreff der bevorstehenden Reise des Kaisers läßt sich daselbst durchaus nicht behaupten.

In früheren Zeiten haben die Kaiser und Könige Deutschlands ihre Reisen nicht ausgedehnt über europäische Länder hinaus. Unseres Erachtens wäre auch während der Palästinareise in Anbetracht der ganzen politischen Lage die Einsetzung einer Regentschaft am Platze. Allerdings befindet sich der nächste Agnat Prinz Heinrich auch im Ausland, und würde zur Regentschaft unter diesen Umständen berechtigt sein Prinz Friedrich Leopold. Von dem Gedanken einer Regentschaft aber muß abgesehen werden, weil in der Reichsverfassung eine solche Regentschaft überhaupt nicht vorgesehen ist. Die deutschen Staatsrechtslehrer sind geteilter Meinung darüber, ob der Regent in Preußen als solcher ohne weiteres berechtigt ist zur Regentschaft im Reich. Es wird dagegen geltend gemacht, daß nach der Reichsverfassung das Präsidium des Bundes „dem Könige von Preußen“ zusteht. Damit sei aber ausgeschlossen eine Reichsregierung seitens des Regenten von Preußen. Um eine Regentschaft einzusetzen, müßte also ein besonderes, die Reichsverfassung ergänzendes Reichsgesetz erlassen werden.

Wahrscheinlich lag in der Praxis noch kein Anlaß vor, die Regentschaftsfrage zu erörtern. Da aber die ägyptische Reise des Kaisers offenbar nur aufgeschoben, nicht aufgegeben ist, und auch andere möglicherweise sich noch weiterhin in andere Erdteile erstreckende Reisen des Kaisers für absehbare Zeiten nicht ausgeschlossen sind, so dürfte es sich empfehlen, in der nächsten Reichstags-Session auf eine Regelung in der Regentschaftsfrage zu dringen.

Der Bund der Industriellen hielt am Montag in Berlin seine Generalversammlung ab. Die Zahl der Mitglieder beträgt zweitausend. Fabrikbesitzer v. Dreyse-Sommerda beantwortete Handelsverträge mit möglichst langer Dauer und verlangte einen Zoll auf Fahrräder. Es wurde die Errichtung eines Handelsmuseums angeregt, wie sie in England, Frankreich, Desterreich, Italien bestehen. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß der Handelsminister der Frage eines deutschen Reichshandelsmuseums sehr sympathisch gegenüberstehe, sich aber nicht die großen Schwierigkeiten der Ausführung verbiete. Er halte es auch für bedenklich, das Museum zu einer Reichsanstalt zu machen. In der Frage der Arbeitsnachweise kam man zu keiner Einigung. Eine Kommission soll darüber beraten.

Die von der Stadtverordnetenversammlung getroffene Wahl des Rechtsanwalts Reichstagsabg. Kaufmann zum Stadtrat von Berlin ist nunmehr durch den Oberpräsidenten bestätigt worden. Auch der Bürgermeister Kirchner „dürfte“, nach der Nationalzeitung, „in den nächsten Tagen“ bestätigt werden. Gut Ding will Weile haben!

Herr Dony, der Börsenredakteur der Vossischen Zeitung, erklärt in der Deutschen Tageszeitung eine „Verächtigung“, wonach er keine Unmächten erstattet, sondern von 1890-96 8-9 „fachwissenschaftliche Arbeiten statistischen Charakters“ verfaßt habe. Fest und rateweise sei er nicht bezahlt worden, er habe „lediglich eine meines Erachtens angemessene Vergütung für meine Tätigkeit“ erhalten. Ferner habe er in dem seiner Zeit hier bestehenden „Ausfunksbureau für Wertpapiere“ eines ihm damals befreundeten Herrn Martin Wenda, Berlin, Schönberger Ufer 40, „lediglich fachliche Anskünfte auf Anfragen mir unbekannter Besteller ausgearbeitet und aus dieser Hilfsfähigkeit keinen wie immer gearteten Vermögensvorteil gezogen.“ Chefredakteur Stepany habe ihm nicht verboten, die Deutsche Tageszeitung zu verklagen. Er habe die Klage „aus freien Stücken“ seinerseits „und aus Gründen, die mit den intimierten Äußerungen der damaligen Beklagten nichts zu thun haben“, unterlassen. „Eine Entwidlung dieser privaten Gründe vor der Öffentlichkeit halte ich nicht für angebracht.“

Er habe ferner nicht erklärt, er hätte sich gepuffert, um einen ihm nahestehenden Kollegen nicht zu kompromittieren. Er habe lediglich gesagt, er hätte einen ihm befreundeten Kollegen nicht in den von seinen Gegnern mit großer Gefährlichkeit geführten Kampf hineinziehen wollen. „Den Namen dieses mir befreundeten Kollegen zu nennen, halte ich nicht für verpflichtet.“ Dann: „Es ist unwahr, daß ich bei der hiesigen Bankfirma Adolfs Friedemann, Eichhornstraße, oder einer anderen Bankfirma, ein gemeinsames Bankkonto mit einer Herrn Stepany sehr nahestehenden Persönlichkeit gehabt haben soll. Lediglich ich habe durch genannte Firma Kassengeschäfte in kleinen Beträgen ausführen lassen. Auf Wunsch bin ich bereit, mein Konto vorlegen zu lassen. Ich hoffe noch Gelegenheit zu haben, die Wahrheit vorstehender Angaben als Zeuge vor Gericht zu erhärten.“

Wem soll dieses Verbrechen imponieren? — Zum Reichsjustizamt sind gestern die wegen Revision des Urheberrechts eingeladenen „Sachverständigen“ (kein Journalist, kein Schriftsteller ist geladen) zur Beratung zusammengetreten. Der Staatssekretär hob hervor, daß es sich vorerst um die Rechtsverhältnisse der literarischen und musikalischen Produktion handle, und daß erst nach deren Neuordnung der Schutz der Werke der bildenden Kunst und der Photographien Schutz einer Revision unterzogen werden solle. Er betonte, daß die gegenwärtigen Verhandlungen bei der Mannigfaltigkeit der in Betracht kommenden Interessen keine abschließenden sein könnten, daß weitere Verhandlungen mit einzelnen Interessentengruppen in Aussicht genommen seien, und daß der demnächst auszufällende Gesetzentwurf voranschrittlich auch der öffentlichen Kritik werde zugänglich gemacht werden, um alle beteiligten Kreise rechtzeitig zu Worte kommen zu lassen. (Wirklich?)

In den Verhandlungen nehmen außer den Vertretern der beteiligten Berufsstände neun Sachverständige aus verschiedenen Gebieten der literarischen und musikalischen Produktion und neun Sachverständige aus dem Bereich des literarischen und musikalischen Verlags teil. Die Verhandlungen haben wegen ihres „lediglich informativen“ Zwecks einen „vertraulichen“ Charakter.

Jetzt wird gemeldet, daß „auf Grund einer vom Vorstande des Vereins Leipziger Presse eingereichten Vorschlagsliste“ vom Staatssekretär Dr. Nieberding zehn bis zwölf „weitere“ Sach-

verständige aus der deutschen Presse und Literatur zu diesen Ausschussberatungen herangezogen werden sollen. Gemäß dieser Vorschlagsliste „werden auch die süddeutsche Presse, die illustrierten Zeitschriften, die Musikschriften, sowie die Fachpresse vertreten sein, so daß allen Wünschen Rechnung getragen ist“. Post festum! —

An der Universitäts-Rektorenkonferenz, die vom 6. bis 8. Oktober unter dem Vorsitz des Staatsministers Dr. Vosse in Berlin tagte, nahmen die Rektoren aller preussischen Hochschulen teil. Unter anderem wurden die Fragen des Frauenstudiums, der Veranstaltung vollständiger Hochschul Kurse und der Zulassung der Realgymnasial-Abiturienten zum medizinischen Studium besprochen. Man weiß, wie beschränkt und reaktionär die Auffassung vieler gelehrter Akademiker gerade in diesen Dingen ist.

Auf die Landtagsvorlage über den Rhein-Elbe-Kanal kann, so meldet man offiziell, bestimmt gerechnet werden: „Vorzüglich der Teilstrecke Dortmund-Rhein darf die Emsdörfer-Linie als feststehend angesehen werden“. Die Verhandlungen mit den Beteiligten versprechen ein durchaus befriedigendes Ergebnis. Andererseits sei nicht sicher, wenn auch nicht ausgeschlossen, daß die Vorlage über den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin schon in der nächsten Session gemacht werde.

Gegen die kleinen Innungen wendet sich, wie die Frankf. Ztg. meldet, der preussische Handelsminister. Die amtlich vorgenommenen Aufnahmen haben ergeben, daß eine auffallend große Zahl von Innungen mit geringer Mitgliederzahl besteht. Von den vorhandenen 7753 Innungen haben nicht weniger als 1579 Innungen noch nicht zehn und nicht weniger als 4172 Innungen noch nicht zwanzig Mitglieder.

Der Gesetzgebung sei es nur darauf angekommen, möglichst viele leistungsfähige Innungen zu bilden, die nach der Zahl ihrer Mitglieder auch die Gewähr für die ordnungsmäßige Erfüllung der ihnen durch das Gesetz gestellten wichtigen Aufgaben böten. „Erfahrungsgemäß leisten die Innungen mit wenigen Mitgliedern in der Regel nichts auf dem Gebiete des Lehrlingswesens oder im Interesse der Förderung des Gewerbes, sondern beschränken ihre Tätigkeit auf die Verwaltung von Nebeneinrichtungen, z. B. Sterbefällen, oder die Kupierung des von altertümlich überkommenen verhältnismäßig nicht unbeträchtlichen Vermögens, wobei vielfach eine mit den Vorschriften des Gesetzes nicht vereinbare Verwendung der Einkünfte beobachtet worden ist.“

Auch die Wahl von Mitgliedern der Handwerkskammern werde durch das Bestehen der vielen kleinen Innungen erschwert, „ganz abgesehen davon, daß bei der nicht zu umgehenden Abstufung des Stimmverhältnisses gerade den kleinen Innungen ein nicht zu rechtfertigendes Uebergewicht gegenüber den größeren Innungen und ein erheblicher Einfluß auf die Zusammensetzung der Handwerkskammern eingeräumt wird“. Unter diesen Umständen und um den Innungen die durch Gesetz vom 26. Juli 1897 vorgeschriebene Abänderung ihrer Statuten zu ersparen, hält der Minister es für geboten, in eine nähere Prüfung über die Zulässigkeit des Fortbestandes der kleinen Innungen einzutreten. Wo daher die geringe Zahl der Mitglieder die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben dauernd erschwert, sei an die Innung die Aufforderung zu ergehen zu lassen, sich binnen einer bestimmten Frist aufzulösen, oder die Klage auf Schließung zu erheben.

Ueber den Gebrauch der Waffen hat der Kriegsminister einen Erlaß veröffentlicht, durch den den Truppen eingeschärft wird, daß der durch äußerste, im Gesetz vorhergesehene Umstände hervorgerufene Gebrauch der Waffen in Friedenszeiten der Militärwürde und dem Soldatennutzen entsprechen muß, bei deren Beschäftigung jeder Soldat daran denken muß, daß jede unnötige, durch keine Notwendigkeit hervorgerufene und gesetzwidrige Anwendung der Gewalt in Bezug auf friedliche Bürger sich als dunkler Fleck auf die Krone zeigt und strenge Verantwortung vor dem Gericht nach sich zieht. Es handelt sich dabei jedoch um den Erlaß des — russischen Kriegsministers!!

In dem Kapitel der polizeilichen Uebergriffe hat der Beleidigungsprozeß gegen den Abgeordneten Grafen Stadt-hagen einen neuen Weintag geliefert. Wenn auch das Ergebnis eine Verurteilung des Angeklagten wegen formeller Beleidigung des Polizeipräsidenten war, so hat, sagt die Frankfurter Zeitung, doch die Polizei am schlechtesten in diesem Prozesse abgeschnitten, der durchweg den Wahrheitsbeweis für die behaupteten Mißhandlungen durch Polizeibeamte erbracht hat. Daß die höheren Polizeibeamten darum gewußt oder diese Uebergriffe gar gebilligt haben, wird ja selbstverständlich niemand annehmen; aber es ist doch schlimm genug, daß derartige so häufig vorkommen kann, ohne daß man zu einer durchgreifenden Auskehr gelangt. Die milde Beurteilung polizeilicher Straftaten durch die Gerichte steht in einem auffallenden Widerspruch zu der scharfen Abmündung jeder Angebühr, die gegen einen Beamten begangen wird, und daß andererseits Leute, die polizeiliche Mißhandlungen über sich haben ergehen lassen, dafür noch schließlich schwere gerichtliche Bestrafung wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ zu gewärtigen haben, das zeigt allem die Krone auf. Ungeachtet aller bisherigen Vorkommnisse sehen wir nirgends die Aussicht einer gründlichen Reform. Im Gegenteil, der Erlaß des Ministers des Innern macht die Polizei wiederum zu größerer Schneidigkeit, und wie diese Schneidigkeit praktisch zum Ausdruck zu kommen pflegt, das wissen wir jetzt zur Genüge. Ueber alledem treten die wirklichen ernstlichen Aufgaben der Polizei immer mehr in den Hintergrund. In der Ration hebt das Theodor Barth so hervor: „Während der Erlaß des Ministers allgemeine Verwunderung hervorrief, wurde ungefähr gleichzeitig ein trecher Raubmord am hellen Tage inmitten eines belebten Stadtteils von Berlin, ein Einbruch bei dem früheren Minister des Innern Grafen von Eulenburg und der Ausbruch des gefährlichen Verbrechers Erpel aus dem Zuchthause bekannt. In allen drei Fällen hat die Polizei die Verbrecher bisher nicht erwischen können. Hoffentlich gelingt ihr in diesen Fällen doch noch das, was ihr leider seit Jahren in zahlreichen ähnlichen Fällen nicht gelungen ist. Wenn die Güte einer Kriminalpolizei nach ihren Erfolgen bei der Ergreifung schwerer Verbrecher abgemessen wird, so fällt das Zeugnis für die preussische Kriminalpolizei gewiß nicht glänzend aus. Die Frage drängt sich deshalb ganz ungewollt auf, ob sich nicht eine Verlegung der Energie der Polizei empfiehlt. Anstatt beständig über neue Umzugsgesetze und Bekämpfung der Sozialdemokratie nachzusinnen oder den Scharfsinn darauf zu verwenden, neue Fälle von grobem Unfug zu entdecken und die Tragkraft der Gebuld des haratslosen Staatsbürgers zu erproben, könnte man die ersparte Thakraft nützlich

verwenden, um gegen Einbrecher und Wäber wirksamer als bisher Krieg zu führen. Das Spürtalent des Censors der Berliner Theater, der sogar in dem Klytius, das dem kleinen Dachs von Madame d'Albis nachgesetzt wurde, eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu entdecken suchte, könnte bei der Entdeckung von Einbrüchen und Wäbern vielleicht ausgezeichnete Dienste leisten. Weniger Schneidigkeit und mehr Thakraft; weniger Topfgerichte und mehr Umsicht; weniger Instruktionen und mehr Aktionen; geringere Beunruhigung der ruhigen Bürger und stärkere Beunruhigung der Verbrecher: das wäre ein zeitgemäßes Reformprogramm für die Polizei.“ Wir können uns dieser Mahnung nur anschließen; leider aber steht zu befürchten, daß sie vergeblich ausgesprochen wird, und daß die Zeit, wo man die Polizei wirklich als einen Schutz des Publikums anzusehen hat, bei uns noch recht fern liegt.

Liebesgaben für die Brennereien. Mit dem Herbst 1898 beginnt bekanntlich eine neue fünfjährige Periode für die Festsetzung des Liebesgabenkontingents und dessen Verteilung auf die einzelnen Brennereien. An dieser Verteilung nehmen die während der letzten Periode entstandenen neuen Brennereien teil. Um zu vermeiden, daß das Kontingent an den Umfang des Trinkkonsums heranreicht und infolgedessen durch die Konkurrenz der Kontingentierten untereinander durch Preisdruck den Gewinn aus den Liebesgaben vermindert, ist durch die Novelle vom 4. April 1898 festgesetzt worden, daß das neue Kontingent nicht nach der steigenden Bevölkerungszahl zu bemessen ist, sondern nach dem Durchschnitt, der in den letzten fünf Brennereibetriebsjahren in den Inlandsverbrauch von Trinkbrauwwein übergegangen Mengen. Demgemäß ist das Kontingent, das nur mit 50 Mk. zu versteuern ist, auf 2222000 Hektoliter berechnet gegen 224000 Hektoliter im Vorjahre. Für Norddeutschland stellt sich der Anteil des Kontingents um etwas höher, für Süddeutschland etwas niedriger. Infolge des Einzutritts der neuen Brennereien ermäßigt sich für die einzelnen Brennereien das Kontingent um 8 Prozent dergestalt, daß auf je 100 Liter Kontingent für die neue Periode ein solches von 92 Liter entfällt.

Zur Beendigung des Thomasmehlkrrieges wird mitgeteilt: Der Preis für die Gesamt-Weizenmehl auf 10 Pfg., der für die citratlösliche Phosphorsäure auf 22 1/2 Pfg. das Kilogramm Frachtbasis Note Erd oder Diederhosen festgesetzt. Als Düngemittel, Brauwasser, Wollan, Memel kostet das Kilogramm citratlöslicher Phosphorsäure 28 1/2 Pfg.

d. Essen, 9. Oktober. Der Vergarbeiterverband hatte für gestern vier große Versammlungen in den Centralpunkten des Ruhrbeckens einberufen, um zu den gegen die organisierte Arbeiterchaft geplanten Maßnahmen Stellung zu nehmen und Forderungen auf Erleichterung des Vereinigungsrechts und Abstellung von Mißständen zu erheben. In Oberhausen sprach Schröder-Dortmund, in Bochum Limperts-Dortmund, Langhört und Bokorny. Eine für Dortmund einberufene Versammlung wurde verboten. Die abgehaltenen drei Versammlungen waren sehr gut besucht. Zunächst wurde eine Resolution angenommen, die gegen die beabsichtigte Beschränkung oder Abschaffung des Vereinigungsrechts protestiert und volle Vereinigungsfreiheit fordert. Darauf wurde ein Antrag angenommen, der den Vorstand des Vergarbeiterverbandes auffordert, an die Verwaltung der Ruhrzechen folgende Forderungen zu stellen:

1. Eine Lohnerhöhung von 10 Prozent ist allen Arbeiterklassen zu gewähren.
2. Zur Regelung der Ungleichheiten, die sich bei den Gebotsabmachungen in der Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten herausgestellt haben, sowie zur schnellen und befriedigenden Beilegung der aus dem Grubenbereich, aus der Verwaltung der Unterstuhlungsstellen, dem Strafsystem, der Lohnauszahlung und dem Sanitätswesen (Wachkammern, Verbandsstudien) zwischen Belegschaft und Betriebsleitung sich ergebenden Differenzen, sind Arbeiterausschüsse auf allen Gruben zu berufen. Die Ausschussmitglieder geben aus den freien, von den Belegschaften vorgenommenen Wahlen hervor.

Je nachdem die Werkbesitzer sich gegenüber unseren gewiß nicht unbedeutenden Wünschen stellen, hat der Vorstand des Vergarbeiterverbandes weitere Schritte zum Besten der Vergarbeiterchaft zu thun.

Endlich wurde eine Resolution angenommen, die angesichts des Anblicks auf der Zeche General Wumenthal fordert:

Anstellung von praktischen Bergleuten als Hilfsinspektoren der Gruben. Wahl derselben durch die Belegschaften und Besetzung durch den Staat. Jede Verzögerung dieser von den Bergleuten aller Richtungen gewünschten Reform der Grubentruppe macht die Verzögerer mit verantwortlich für das vergossene Arbeiterblut im Bergbau. Kein Warten mehr, hier heißt es schnell handeln, soll nicht der Knappenhand allen Gläubigen an den guten Willen des Staates, uns zu schätzen, verlieren.

Diese Resolution wird den gesetzgebenden Körperschaften zur dringenden Berücksichtigung überhandt.

Frankfurt a. M., 10. Oktober. Wegen Buttka-Verleumdung stand heute der verantwortliche Redakteur der Frankf. Ztg. Alexander Gieser, vor der Strafkammer. Ein Umsturzvorsteher v. Buttka in Köpzig hat sich durch eine Korrespondenz aus Pommern vom 23. September v. J. beleidigt gefühlt, und es ist deshalb öffentliche Anklage erhoben worden. Der Gerichtshof erkannte nach langer Verhandlung auf Freisprechung und Aebnahme der Kosten des Verfahrens auf den Staat.

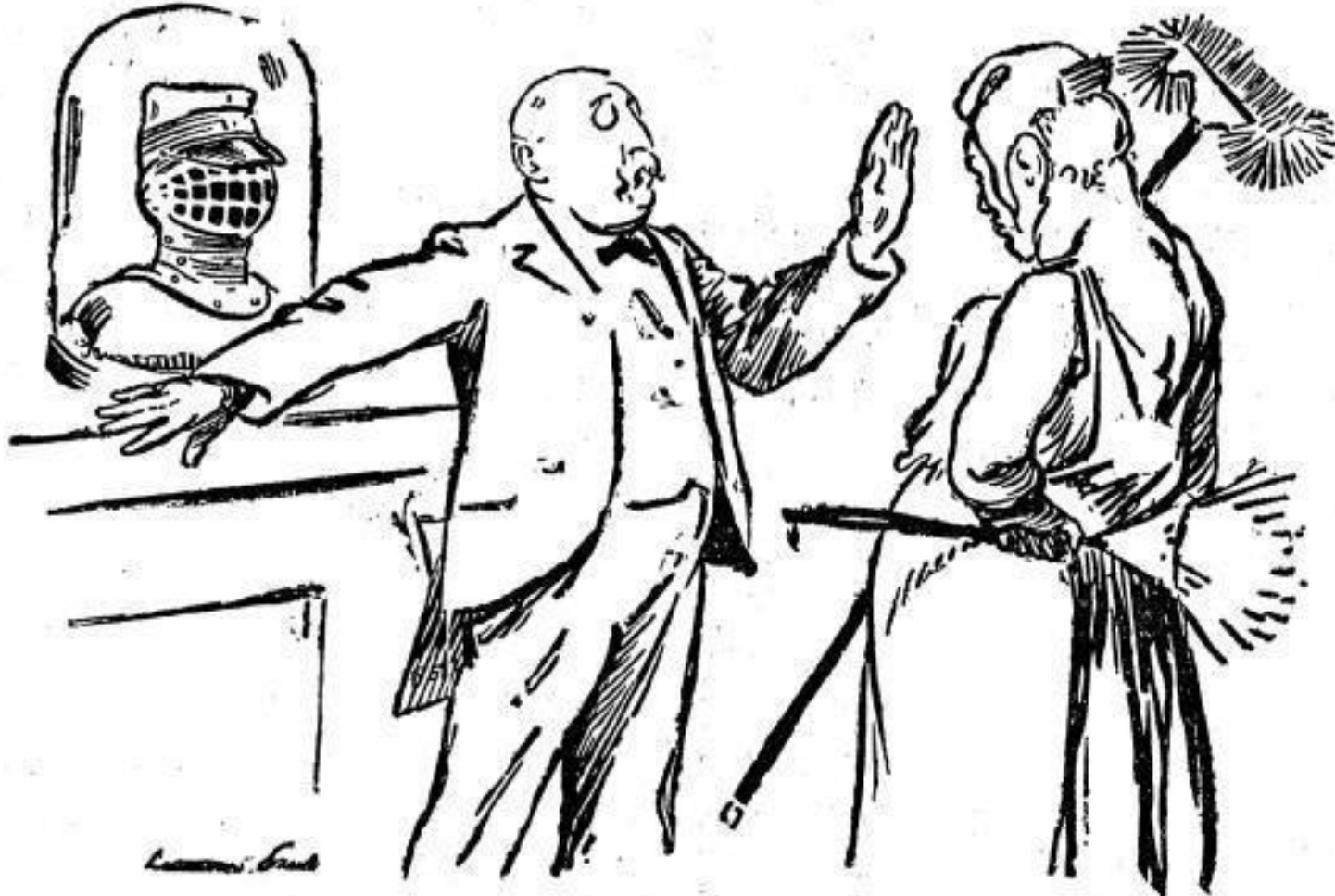
München, 10. Oktober. Der Minister des Innern holt Gutachten ein wegen weitergehender polizeilicher Verordnungen zum Zweck des Bauarbeiterschutzes.

Die Tagelöhnerin Juliane Gbß von Morgetshöchheim wurde auf Grund des bekannten Ruppelparagrafen in Würzburg zu einem Jahr Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Sie hatte das Zusammenleben ihrer 22-jährigen Tochter mit dem Geliebten im mütterlichen Hause gebildet. Das heißt, eine uraltte Volksfittte wird mit der furchtbarsten Strafe geahndet.

Strasbourg i. El., 10. Oktbr. Der vom Volksverein für das katholische Deutschland veranstaltete praktisch-soziale Kursus wurde gestern durch eine Versammlung eingeleitet. Die Zahl der Teilnehmer beträgt bis jetzt 1110, besonders stark sind Elsas-Lothringen und Baden vertreten. Heute vormittag wurde die erste Sitzung durch Professor Hige eröffnet. Professor Dr. Müller-Strasbourg hielt einen 1 1/2 stündigen Vortrag über den Aleris und die soziale Frage. Müller betonte unter anderem: es solle in der nächsten Zeit in Elsas-Lothringen eine Sektion des altdentschen Arbeitervereins gegründet werden. Zum Schluß sprach Herr Professor Hige über die Arbeiterfrage.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.



Felix: O, rühre nicht daran!

(Cri de Paris, Paris.)

Zu unserem Bilde.

Beim Präsidenten der Republik ist großes Reinemachen. Mit Staubbesen, mit Scheuereimer und Schrubber wandert das Organ der republikanischen Reinlichkeit und Ordnung treppauf und treppab, von Zimmer zu Zimmer, und wischt und säubert, und möchte alle Erinnerungen an die vorrepublikanische Zeit beiseite schaffen.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Lübeck, 10. Oktober. Da der Senat die Erbauung einer staatlichen Schwimmhalle ablehnte, stellten sich eine Anzahl Bürger zu ihm in Opposition und versuchten aus Privatmitteln dreiviertel Millionen für die Errichtung von Schwimmhallen aufzubringen.

Raffel, 10. Oktober. Der Parteitag der deutschsozialen Reformpartei ist hier am Sonntag sang- und klanglos verlaufen. Der Liebermann von Sonnenberg präsierte. Viel beachtet, so schreibt ein Berichterstatter, wurde ein Parteigenosse aus Frankfurt am Main, der sich jedesmal zu dem Parteitag ein eigenes Bett mitbringt, um der Gefahr zu entgehen, in einem Hotelbett schlafen zu müssen, in dem vorher ein Jude übernachtet haben könnte.

Abg. Zimmermann feierte Bismarck als leuchtendes Vorbild für die Antisemiten und behauptete in seinem Rechenschaftsbericht, die antisemitische Reichstagsfraktion, die bekanntlich bei allen Abstimmungen zerfiel, habe die mühsam erkämpfte Stellung im Parlament zu behaupten gewußt.

Ueber die Mittelstandsfrage ergingen sich die Redner in den bekannten Ausführungen. Abg. Raab bekämpfte die Agitation gegen Offizierswarenhäuser.

Keine politische Nachrichten. In Königsberg ist es, wie die Ostdeutsche Presse erzählt, aufgefallen, daß der Kaiser während seines Aufenthaltes in Rominten nicht den Oberpräsidenten Grafen Wilhelm Bismarck zu sich entbot, daß dagegen Graf Dönhoff-Friedrichstein, der nach dem Rücktritt des Grafen Stolberg vom Oberpräsidium in Frage kam, seine Aufwartung dalebst machen konnte.

gegangen. Sein Reichsherald erscheint von neuem im Marburgischen. Man ist in interessierten Kreisen der Ansicht, daß der Bund der Landwirte der Geldgeber ist. Wöckel ist noch Angestellter beim Bunde; er verarbeitet Versicherungswesen und Statistik. — Das Kölner Schiffengericht verurteilte Traub, den Handelsredakteur der Köln. Volksztg., wegen Beleidigung der Direktoren des Düsseldorfser Rohlfensyndikats, begangen durch einen Artikel über die Verteilung der Rohlfensaufträge, zu dreißig Mark Geldstrafe. — Eine „hochwichtige Rangfrage“ war vor der Regelung der Fahne des dritten Seebataillons zu erledigen, wie wir aus den Berl. Neuesten Nachr. ersehen. Staatssekretär Tirpitz hat seinen Nagel eingeschlagen vor dem ältesten Seeoffizier, dem kommandierenden Admiral, der ozeanisch Ritter des Schwarzen Adlerordens ist. Das ging aber nicht anders, weil bei Organisation der Marinetruppen in Kiautschou der Staatssekretär als der direkte Vorgesetzte der neuen Fahne zu gelten hat, da das dritte Seebataillon aus seinem ursprünglichen Kommandoverhältnis ausgeschieden und dem Reichsmarinemeant unterstellt ist! — Ueber russische Kriegsschiffbauten wird dem Hannov. Kur. berichtet, daß die russische Regierung in alternativer Zeit weitere umfangreiche Bestellungen von Kriegsschiffen nach dem Auslande vergeben will. — Die Wehrsteuer in Frankreich. In Frankreich wird bekanntlich eine Wehrsteuer erhoben von den zum Militärdienst nicht herangezogenen Militärvollständigen. Sie besteht aus einer Kopfsteuerartigen Abgabe von 8 Franken für jeden Militärdienstfreien, einer zweiten Abgabe, die dem Betrag der von ihm zu entrichtenden Personal- und Mobilsteuer gleichkommt, und einer Zusatzabgabe nach den Verhältnissen seiner Familie, entsprechend der Personal- und Mobilsteuer des meistbesteuerten Ascendenten des Dienstfreien unter Berücksichtigung der Zahl der Geschwister des letzteren. Neben der Gesamtabgabe werden noch 8 Prozent Zuschläge, und zwar 5 Prozent für Ausfälle und 3 Prozent zur Deckung der Aufnahmekosten erhoben. Bei offenkundiger Armut der vom Militärdienst Befreiten wird keine Abgabe erhoben. Die Steuer wird erhoben während der 19 Jahre andauernden Kriegsdienstpflicht. Gleichwohl ist das Steuerergebnis sehr gering. Es hat 1897 bei 666562 Pflichtigen nur 4884567 Mk. betragen. — In Jasio (Galizien) war eine Gerichtsverhandlung gegen 80 antisemitische Exzessanten, von denen 66 zu 3 Wochen bis 11 Monaten Gefängnis verurteilt und 14 freigesprochen wurden.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Erlaß. — Sozialdemokratische Interpellation.

Wien, 11. Oktober. Dem Neuen Wiener Tageblatt zufolge richtete der Justizminister einen Erlaß an die Oberlandesgerichtspräsidenten, in dem er die Beteiligung des Richterstandes an politischen Agitationen und Parteimtrieben scharf verurteilt und anbefiehlt, daß gegen solche richterliche Beamte künftighin mit aller Strenge vorzugehen sei.

Der Reichsratsabgeordnete Genosse Dr. Verkauf hat im Parlament eine Interpellation an den Justizminister eingebracht, in der wegen der Entsetzung eines Grabsteines, der den im Jahre 1894 gelegentlich eines Streiks niedergeschossenen drei Bergarbeitern auf dem Kirchhofe in Falkenau gesetzt war, angefragt wird. Die Konfiskation des Grabsteines erfolgte wegen einer einfachen Inschrift auf Betreiben der Staatsanwaltschaft, die auch beantragt hat, die Untersuchung gegen den Verfasser der Inschrift einzuleiten. Dr. Verkauf richtet daher an den Justizminister die Anfrage: „Hält der Herr Justizminister das geschilderte Vorgehen der k. k. Staatsanwaltschaft in Eger für gerechtfertigt? Ist er bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die neuerliche Aufstellung des Grabsteines von der Staatsanwaltschaft gestattet wird?“

Schweiz.

„Unser Scherb.“

Bern, 10. Oktober. Der Bundesrat hat auf einen Bericht des Bundesanwaltes Scherb hin neuerdings sechs Anarchisten italienischer Herkunft aus der Schweiz ausgewiesen.

Frankeich.

Vom Generalfeld.

Paris, 11. Oktober. Im heutigen Ministerrate wird das Dekret der Versetzung des Generals Pellieux, Befehlshabers

der Garnison von Paris, unterzeichnet werden. Er wird ein Kommando in der Provinz erhalten.

Serbien.

„Fürsorge.“

Belgrad, 10. Oktober. Die serbische Regierung beauftragte aus Verborgnis, daß die aus verschiedenen Staaten ausgewiesenen Anarchisten in Serbien eine Zuflucht nehmen könnten, ihre Vertreter im Auslande, von den betreffenden Regierungen ein Verzeichnis mit Personalbeschreibungen, event. Photographien der ausgewiesenen Anarchisten zu erbitten, um gegen deren Eintritt in Serbien Maßnahmen zu treffen.

Nordamerika.

Bruder Jonathan als „Civilisator“.

Die Indianerunruhen in Minnesota sind in der Reservation der Chippewa-Indianer dadurch entstanden, daß man ihnen Land hat wegnehmen wollen. Man wollte die Indianer von Ländereien, die sie innerhalb der Red Earth Agency inne hatten, entfernen, weil diese Ländereien sich besonders für den Ackerbau eigneten. Die Indianer verlangten Entschädigung und Aufbesserung ihres gegenwärtigen Besitzes, allein diese Forderung wurde abgelehnt. Das regte die Indianer auf und als die Polizei einige Indianer, die in ungeheurer Weise Spirituosen verkauft hatten, verhaften wollte, leisteten die Indianer Widerstand und töteten den Polizeioffizier. Darauf wurden Truppen aufgeboden, um die Thäter einzufangen. Die Indianer erklärten zugleich den Behörden, daß sie bis zum letzten Mann kämpfen würden. Die Zahl der Ruhestörer wird auf 300 angegeben, während der ganze Stamm 4000 Krieger stark ist. Sept ist die Ruhe wieder hergestellt.

Mit Pulver und Blei, mit Fusel und Gewalt, mit Betrug und Raub werden die Rothhäute ausgerottet.

China.

Die Wirren.

Ueber die letzten Vorgänge in Peking veröffentlicht die Petersburger Nov. Wr. gegenüber anderen Darstellungen nachstehende, angeblich „autoritative“ Mitteilung: Es entstanden dort während des letzten Monats Unruhen, wobei die Chinesen gleichzeitig mehrere Ueberfälle auf Ausländer ausübten, denen gegenüber sich die chinesischen Behörden vollständig teilnahmslos verhielten. Dieser Umstand veranlaßte die europäischen Vertreter in China, darunter den russischen Geschäftsträger in Peking, von den Kommandanten ihrer Geschwader im Stillen Ocean die Herbeiführung von Landungstruppen zu verlangen. Diesen Anforderungen wurde sofort entsprochen, wobei Admiral Dubassow das Kanonenboot Gremjastich mit 30 berittenen Kosaken an Bord nach Taku sandte. Da später aus Peking beruhigende Nachrichten eintrafen, aus denen zu ersehen war, daß die chinesische Regierung Maßnahmen zur Herstellung der Ordnung getroffen, so ist Grund vorhanden, anzunehmen, daß die eingetroffenen europäischen Landungstruppen baldigst wieder zurückberufen werden.

Eine furchtbare Revolution.

Vom 4. bis 7. Oktober wurde vor dem Schwurgericht Ulm die „große Revolution“ verhandelt, die am Abend des 24. Juni, als am Stichtwahltag, sich in Wöppingen abgepielt hat. Im 10. württembergischen Wahlkreis (Wöppingen-Gmünd) hand der sozialdemokratische Kandidat Klaus mit dem konfessionell-deutschparteilich-bauernbündlerischen Kandidaten Kettner zur Stichtwahl. Von den bürgerlichen Parteien war in der unlauteften Weise gegen Klaus gekämpft worden. Auch die Behörden griffen offiziell in die Agitation für Kettner ein. Ein Schultze ließ z. B. durch die Ortsstelle bekannt machen, daß nur Zettel für Kettner abgegeben werden dürften. Dies behördliche Eingreifen und die Art der gegnerischen Agitation trugen zur Verbitterung der Klausischen Anhänger sehr bei. Trotzdem standen aber die Aussichten für Klaus nicht ungünstig und selbst die Anklageschrift zu diesem Revolutionsprozeß stellt fest, daß am Stichtwahlabend in Wöppingen in der Versammlung der deutschparteilichen Wähler Niederlage herrschte. Der Wechsel der Stimmung in beiden Vokalen wurde erst durch eine der letzten Wahlnachrichten hervorgerrufen. Die sozialdemokratische Versammlung war im Dreikönig, die deutschparteiliche in den Zwölf Aposteln. In jener wurde das endgültige Resultat sehr spät bekannt. Es gingen daher einige Teilnehmer derselben in die Zwölf Apostel, in der Hoffnung, hier weitere Wahlergebnisse zu erfahren. In den Zwölf Aposteln aber wurden sie schlecht aufgenommen und von den Leitern der deutschparteilichen Versammlung gewaltsam an die Luft gesetzt, weil sie nicht „eingeladen“ seien. Eingeladen waren die Wähler Kettners. Ein Kennzeichen, durch welches sich diese von den Wählern Klaus' unterschieden, war aber von den Einberufern der Versammlung nicht erfunden worden, und sie kamen daher mit sich selbst in Konflikt. So wurde einer der Angeklagten in roher Weise hinausgeworfen, der als Centrumsmann Kettner gewählt hatte. Die ungasliche Aufnahme, die dieser Mann und einige andere fanden, konnte in der Wahlabendstimmung natürlich nur aufreizend wirken, und es kam zu recht tumultuarischen Szenen. Die Hinausgeworfenen schimpften vor dem Vokal, suchten aufs neue einzubringen, um angeblich ihr Getränk auszutrinken, wurden aber von den Leitern der Versammlung hinausgedrängt. So entstand ein Aufruhr vor dem Vokal. Etwa 1500 Personen sammelten sich nach und nach auf der Straße an. Die Deutschparteiliche ließen sich durch Polizeischühen und so kam es auch zu Widerstandlichkeiten der Volksmenge gegen die Polizei. Nach dem Vokal wurde mit Steinen geworfen, getroffen wurde angeblich ein Polizeikommissar. Auch vom Vokal heraus soll von verschiedenen Seiten geworfen worden sein, von den Zeugen wurde dies indessen nicht bestätigt. So entstand also ein allgemeiner Skandal, in dem der Aufforderung des Schultzeisen und der Schulpente nicht sofort Folge geleistet wurde. Zur der Menge wurde den Beamten auf ihre Aufforderung zurückgegeben, es gehe sie nichts an, man entferne sich nur, wenn der Oberamtmann es befehle; dieser aber war nicht anwesend. Andere wieder riefen, die Landjäger (Wendarmen) sollten sich entfernen, dann gingen sie auch. Und was geschah, als ein Polizeikommissar die Landjäger verfuhrungsweise sich an einen unbeachteten Ort entfernen ließ? Die Menge zerstreute sich in aller Ruhe! Wäre in dieser Weise von den Ordnungswächtern allgemein verfahren worden, die Ruhe wäre gewiß viel schneller wieder hergestellt worden und die Beamten selbst hätten nicht zu Sand-

lungen provoziert, die nun von armen Arbeitern mit schweren Gefängnisstrafen gesühnt werden müssen. 17 Mann wurden aus der großen Menge herausgegriffen, die sich wegen „Aufwuhes in Verbindung mit strafbaren Handlungen“ zu verantworten hatten. Einer ist geflohen. Den Vorsitz führte Landgerichtspräsident Bucher, Vertreter der Staatsanwaltschaft war Staatsanwalt Höring, als Verteidiger fungierten die Anwälte Mayer, Moos und Hauser von Ulm. Von dem Bildungsgrad der Angeklagten, nach dem sich auch ihr strafbares Bewußtsein bemessen läßt, seien hier einige Proben erwähnt: Vorsitzender zu einem Angeklagten: Sind Sie Sozialdemokrat? Angekl.: Das weiß ich nicht. Vors.: Sind Sie schon vorbestraft? Angekl.: Ja, wegen e Paar Stiefel. Ein anderer Angeklagter hat einen derartigen Hausrath gehabt, daß er sich an nichts mehr zu erinnern weiß. Er soll gerufen haben: Auf, jetzt holen wir unsere Gewehre, jetzt stürmen wir dem Stationskommandanten (der eine Wirtschaft betreibt) seine Wirtschaft und haufen sein Bier aus. (Von den Angeklagten besitzt natürlich keiner ein Gewehr.) Ein anderer hat mit geschrien „Maus!“, weiß aber selbst nicht, wer raus sollte. Wieder einem anderen wurde von Polizisten sein Rock zerrissen. Daß er trotz der polizeilichen Aufforderung, sich zu entfernen, in das Lokal zu drängen versucht, um festzustellen, wer ihm den Rock zerrissen habe, daß ist sein Verbrechen, das ihn vor das Schwurgericht geführt.

Von großem Interesse ist, wie der Präsident die Gerichtsverhandlung leitete. Ein Angeklagter, der auf einem Spaziergang aus Zufall ins Gemenge kam, hat auch mit einem kleinen Steinchen einmal geworfen; er wird vom Vorsitzenden so angefahren: „Sagen Sie nur, daß Sie geworfen haben, weil Sie eine Freude an dem Aufzug hatten. Einen anderen, der vor den zwölf Aposteln stehen gelassen ist, fragt der Vors.: Haben Sie gewußt, was in den zwölf Aposteln los war? Angekl.: Nein, ich habe nichts gewußt. Vors.: Ach was, das hat jeder gewußt. Angekl.: Ich habe nichts gewußt, weiter kam ich nicht. Vors.: Das ist nicht glaubhaft. — Obwohl festgestellt ist, daß sich nach der Entfernung der Landjäger die Menge auch entfernte, bezeichnet es der Vorsitzende als eine „kuriose Ansicht“, daß ein Angeklagter den Stadtvorstand hat, die Polizei zu entfernen, da er sich davon eine Verhöhnung versprach. Der angeklagte Katholik, der in Befolgung der Centrumsparole den Kettner gewählt hatte, erzählt: Ich fragte in der Versammlung (der Deutschparteiliche), wo Kettner sei, ich möchte ihn kennen lernen. Darauf rief einer: Du, der willst Kettner kennen lernen, auf, hinaus mit ihm. Und dann warfen sie mich hinaus. Der Vorsitzende meint hierzu: Das wird auch das Beste gewesen sein. Angekl.: Ich bin Katholik, habe Kettner gewählt und deshalb gehörte ich hinein. Vors.: Sie gehörten einfach nicht hinein. Angekl.: Doch, ich war eingeladen. — Den Angeklagten, der wissen wollte, wer ihm seinen Rock zerrissen hatte, apostrophierte der Vorsitzende folgendermaßen: Sie sind einfach ein Hauptkackeier gewesen. Ein anderer Angeklagter beantwortet die Frage, warum er in die zwölf Apostel ging, dahin: „Man hat mir gesagt, so eine Siegesfeier sei schön. Vors.: Geld, da haben Sie gedacht, da wird recht geschrien und gefossen, das hätte Ihnen gefallen.“

Die Frage des Vorsitzenden an die Angeklagten, ob sie Sozialdemokraten seien, wurde von der Mehrheit verneint, dafür aber wandte der Präsident einem Sozialdemokraten, der in Wöppingen als solcher bekannt ist, Wird GdY, seine ganze

Schnelligkeit zu. Er begrüßte ihn wie folgt: Sie sind ein Hauptkackeier bei der Sozialdemokratie, gelt? GdY: Ein Hauptkackeier nicht, aber die Polizei ist mir nicht hold, da ich schon einmal mein Hausrecht gegen sie gewahrt habe; von da ab hat mich die Polizei auf dem Zug und der Wachtmeister hat einmal erklärt, mich werde er noch schlauchen. Vors.: Sie sollen gerufen haben, man solle die Hölle anzünden, daß die Bande verbrenne. Angekl.: Nein, das habe ich nicht gerufen. Ueberhaupt habe ich mich zeitig entfernt und wenn man meine Entlastungszeugen geladen hätte, würden meine Angaben bestätigt worden sein. Zeit dazu hätte man genug gehabt. Vors.: Man hat es nicht für nötig gehalten. Aber Sie meinen, es müßte alles nach Ihrem Kopf gehen; wir aber haben auch einen Kopf.

Jeden der zahlreichen Zeugen nahm sodann der Präsident ins Kreuzverhör, um etwas Strafbares über GdY herauszubekommen, aber keiner, selbst die dem GdY auffälligen Polizisten nicht, wußte dem GdY ein Vergehen nachzusagen, bis schließlich ein 17jähriger und ein 15jähriger Bursche, die mit GdY nicht gut stehen, bekunden, GdY habe mit dem Haufen geschrien und gerufen: Schließt die Türe zu! Auf dieses Zeugnis hin fand die in der Mehrzahl aus bäuerlichen Geschlechtern besetzte Schwurrichterbank den GdY für schuldig und das Gericht verurteilte ihn zu vier Monaten Gefängnis!

Die Zeugenbank war besetzt von sieben Polizisten, einigen Führern der deutschen Partei und Leuten, die selbst sich unter der Menge befanden und von der herrschenden Aufregung mit ergriffen waren. Drei der Angeklagten wurden als Verbrecher bezeichnet, da sie der bewaffneten Macht, die scharf geladen hatte und mit aufgeflogtem Bajonett anmarschierte, „Widerstand“ geleistet haben. Die übrigen dreizehn sind nur eines Vergehens beschuldigt.

Das Plaidoyer des Staatsanwalts ließ die Erregung von vornherein als mildernden Umstand gelten. Auch die Anwälte gaben sich viel Mühe, die Geschworenen zu überzeugen, daß es sich um einen ungeschicklichen Aufruf handele.

Nach dreieinhalbständiger Beratung fällten die Geschworenen ihren Spruch, der gegenüber zwei Angeklagten auf Verneinung sämtlicher Schuldfragen lautete. Bei den übrigen Angeklagten wurde die Frage nach dem Landfriedensbruch bejaht und die auf Aufrühr verneint, mit Ausnahme von zweien, die des Aufwuhes schuldig gefunden wurden. Die Frage nach Aufruf wird bei zweien verneint, bei den übrigen Angeklagten bejaht. Bei dreien, bei denen erschwerte Umstände angenommen werden, wird die Frage auf mildernde Umstände bejaht.

Es erhalten Schmauder 11 Monate, Dahlinger 10, Stöckle 9, Haus 4, GdY 4, Seibold 4, Verhard 4, Unger 2, Stöckle 4, Maier und Frei je 5 Monate Gefängnis. Jedem dieser Angeklagten gehen 2 Monate der ersten Untersuchungshaft ab mit Ausnahme von Gebhard, dem nur 1 Monat angerechnet wird. Moroff und Mann erhalten je 4, Müller 5 Monate Gefängnis. Da diese drei sich nicht in Untersuchungshaft befanden, haben sie noch die ganze Strafe abzuhängen.

Sozialdemokratische Erfolge im österreichischen Parlamente.

f. s. Wien, 9. Oktober.

Es ist überaus interessant, zuzusehen, wie die sozialdemokratische Fraktion im österreichischen Abgeordnetenhaus ihrer schwierigen und merkwürdigen Aufgabe gerecht zu werden versucht.

Als die Partei des Klassenkampfes, als Verfechterin der proletarischen Interessen ist sie in ein Haus eingetreten, dessen ganzes Leben von nationalen und verfassungsmäßigen Kämpfen erfüllt ist. Ihre Hoffnung, die nationale Frage durch die Wucht der sozialen Frage in den Hintergrund schieben zu können, ist an der zahllosen Schwäche ihrer Vertreter und der nationalen Aufregungspolitik des Grafen Wadeni gescheitert; große theoretische Auseinandersetzungen im Sinne der deutschen Sozialistenbatteln sind ausgeblieben, und selbst Fragen der praktischen Sozialpolitik sind im Abgeordnetenhaus kaum mehr als geäußert worden. Trotzdem ist es aber eine Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion einen Einfluß erlangt hat, der das ziffermäßige Verhältnis von 14 zu 425 um ein vielfaches übersteigt. Zum zweitenmal seit Jahresfrist hat sie im österreichischen Parlamente einen entscheidenden Einfluß ausgeübt. Das erste Mal war es, als sie im November des verflohenen Jahres den gewaltsamen Angriff Wadenis auf die parlamentarischen Rechte durch ihre Sturmtaktik zurückschlug. Heute ist die Stürmerin von damals zur Mahnerin geworden, der es gelungen ist, die vom Grafen Thun gewollte Obstruktion zurückzuhalten, den ganzen Feldzugsplan des Ministerpräsidenten zu schänden zu machen und die drohende Gefahr eines offenen Verfassungsbruches wenn nicht zu beseitigen, so doch in unbestimmte Ferne hinauszurücken. Es ist nicht parteiisidige Säubereierei, sondern sachliche Schilderung der Wirklichkeit, wenn man die heutige politische Lage aus der Sozialdemokratie geschaffen erklärt.

Man hat die Wirkung der neuen Taktik auf die Regierung und die Mehrheit des Abgeordnetenhauses beobachten können wie der Arzt die Wirkung eines Giftes auf das Versuchstierchen. Kaum hatten Regierung und Mehrheit erklärt, sich nichts Besseres wünschen zu können, als eine sachliche Beratung der Regierungsvorlagen im Parlamente, als sie auch schon unter der Wirkung dieser sachlichen Beratung zusammenknappte wie ein Taschenmesser. Die Regierung, die stolz erklärt hatte, für alle Fälle gerüstet zu sein, erwies sich gerade für den einen Fall als gänzlich ungerüstet, der eben eingetreten ist. Sie sieht sich außer Stande gesetzt, den Verpflichtungen, die sie der ungarischen Regierung gegenüber übernommen hat, nachzukommen. Denn der Wadeni-Wilmskische Entwurf, auf den sich Thun und Wansfy geeinigt haben, kann nun vorläufig weder im Verordnungswege noch auf parlamentarischem Wege Geltung erlangen. Im Verordnungswege nicht, weil die ruhige Thätigkeit des Abgeordnetenhauses der Regierung auch den letzten Schein eines verfassungsmäßigen Verordnungsvrechtes genommen hat, auf parlamentarischem Wege nicht, da nicht nur eine sichere Mehrheit für den Entwurf bisher nicht vorhanden ist, sondern auch die Obstruktion noch bei der zweiten Lesung seine Gefährdung verhindern kann. Unter diesen Umständen dürfte den beiderseitigen Regierungen nichts übrig bleiben, als die provisorische Weisung des bisherigen Verhältnisses für ein weiteres Jahr. Die fünfzig Millionen neuer Steuern und die übrigen Nachteile des neuen Ausgleichs bleiben so der Bevölkerung vorläufig erspart.

Ein weiterer Erfolg der neuen Taktik besteht darin, daß der große Dr. Joseph Maria Varrreither endlich aufgehört hat, Handelsminister zu sein. Dem verfassungstreuen Großgrundbesitzer, dem Hüter der Verfassung im Ministerium Thun, ist

der Lebensodem ausgegangen just in dem Momente, in dem die Verfassungsmäßigkeit in Oesterreich wenigstens halbwegs wieder aufleben begann. Man hat mit Unrecht in seinem Abtritt das Scheiden eines tüchtigen Fachministers bedauert. Denn so selten es auch in Oesterreich vorkommen mag, daß ein Minister sein Fach wirklich versteht, so kann dieses Verständnis den vollständigen Mangel politischer Ehrenhaftigkeit nicht ersetzen. Das Ministerium Thun hat eine sitzgewohnte Konstruktion vollzogen, indem es in dem Freiherrn Dipauli einen Mann in sich aufgenommen hat, der ein beschränkter Vertreter feudalt-agrarischer Interessen ist, der an Unfähigkeit, sein Fach zu vertreten, fast den Grafen Thun erreicht, an politischer Charakterlosigkeit aber seinem Vorgänger nichts nachgibt.

Damit ist aber auch die dritte Richtung bereits angedeutet, nach der hin die neue Taktik erfolgreich gewirkt hat. Graf Thun ist genötigt, sich zur Parlamentsmehrheit, diese zum Grafen Thun zu bekennen. Graf Thun hat sich den Vorschlag durch die Verhängung des Ausnahmezustandes, den Jungtschehen durch die Aufrechterhaltung der Sprachenverordnungen, den Deutsch-Merkanten durch eine wohlwollende Verwaltung — man denke nur an die schwächliche Haltung des Unterrichtsministeriums in der Frage der konfessionellen Trennung in der Wiener Volksschulen — gefällig zu machen gesucht. Aber diese kleinen Zugeständnisse können den Mehrheitsparteien nicht genügen, wenn sie mit der Entscheidung über die Ausgleichsfrage die Entscheidung über Tod und Leben der Regierung retten, denn die Annahme der Ausgleichsvorlagen bedeutet für sie eine schwere Schädigung ihrer Volkstümlichkeit. So hat denn zwischen der Regierung und den Mehrheitsparteien ein förmlicher Ringkampf begonnen, auf dessen Ausgang man gespannt sein darf. Denn der Graf Thun ist ein armer Mann, der nicht viel zu geben hat. Er kann heute keine Gebete machen — daran hindert ihn die noch immer in Hintergründe lauernde Obstruktion — er kann keine Verordnungen auf Grund des § 14 erlassen, weil das Parlament verammelt und kein Grund vorhanden ist, es auseinander zu jagen. Er kann also nur „verwalten“, und ob er auf diesem Gebiete Zugeständnisse wird machen können, die den Mehrheitsparteien groß genug erscheinen, bleibt noch dahingestellt. Einer österreichischen Ministerpräsidenten darf nicht bloß das Wasser bis zum Halse gehen, er muß schon eine aufgeschwemmte Waffenselbe sein, wenn man höheren Ortes einsehen soll, daß man ihn nicht mehr brauchen kann. Wenn auch kein Mißerfolg ungenehmlich und lächerlich genug ist, um für eine österreichische Regierung das sichere Ende zu bedeuten, so kann man doch nicht annehmen, daß Thun Ministerpräsident bleiben kann, wenn er nicht für seine wichtigsten Vorlage die Zustimmung der Parlamentsmehrheit zugeichert erhält.

Es wäre ein müßiges Beginnen, wollte man prophezeien, wie der immer unlösbarer gewordene Knoten nationaler und staatsrechtlicher Verwickelungen in Oesterreich gelöst werden und wie sich die allernächste Zukunft des Landes gestalten soll. Aber daß Graf Thuns Hoffnung, den Alexander spielen und der Gewalt das letzte Wort lassen zu können, unerfüllt geblieben ist, bedeutet an und für sich einen großen Gewinn. Und daß an diesem Erfolge der sozialdemokratischen Fraktion der hervorragende Anteil gebührt, ist schon weiter oben gesagt worden.

Man wird dabei freilich die überraschende Entdeckung machen, daß sich die österreichische Sozialdemokratie in kurzer Zeit dem Zwange der augenblicklichen politischen Lage mehr untergeordnet hat, als es bei der deutschen jemals der Fall gewesen ist. Die Abweichungen der Struktur des deutschen Reiches vom idealen Klassenstaate sind eben bisweilen nicht so groß, wie die des minder vorgekehrten gemischtsprachigen Oesterreich. Sicher ist, daß die sozialdemokratische Fraktion im österreichischen Abgeordnetenhaus nicht das ist, oder wenigstens nicht als das erscheint, was sie sein soll: die Vertreterin des Proletariats gegenüber der geeinten bürgerlich reaktionären Masse. Im Spiegel der österreichischen Verhältnisse erscheint auch das klarste Licht und gebrochen. Sozialdemokratische Politik ist hier nicht die direkte Anwendung programmatischer Sätze, sie beruht vielmehr auf vielverstandenen Schlüssen und Ableitungen, über deren Wichtigkeit sich mitunter streiten ließe und die sich vor allem der großen Masse nicht so leicht beweisen läßt. Weiß man auch nicht, wie man das anders machen könnte, so muß man doch sagen, daß es so ist.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Wahlen zu den Handelskammern gehen vielfach unter recht bedenklicher Phase vor sich. So fanden sich in Frankenberg für die Abteilung Handels- und für die Abteilung Gewerbetammer je 8 Wähler, also im ganzen 16 Wähler ein, von denen überdies 6 als Wahlvorsteher beziehentlich Beisitzer von Anfang an an der Wahlurne saßen, so daß eigentlich nur 10 Wähler aus eigenem Antriebe den Gang zum Wahllokal unternahmen. In Delitzsch gaben bei den Wahlen zur Handelskammer sechs, zur Gewerbetammer gar nur ein Stimmberechtigter ihre Wahlzettel ab. Ebenso schwach war die Beteiligung an den Wahlen zur Handelskammer, sowie den Ergänzungswahlen zur Gewerbetammer in Pössa. Bei den Wahlen zur Handelskammer übten nur 14 Wähler, bei denen zur Gewerbetammer nur 5, für Mühltröpp nur 3 ihr Wahlrecht aus.

Diese Interesselosigkeit in den interessierten Kreisen, in denen fortwährend über den Niedergang des Mittelstandes in Handel und Gewerbe gezerrt wird, ist sehr bezeichnend.

r. Dresden, 10. Oktbr. Auf der hier stattgefundenen Generalversammlung des Sächsischen Wählerverbandes sind einige allgemein interessierende Beschlüsse gefaßt worden. So wurde der Vorstand beauftragt, bei der sächsischen Regierung darum zu petitionieren, daß diese beiden Bundesregierungen die Einführung einer stoffförmigen Umsatzsteuer für Getreidemöhlen, unter Aufhebung etwa bestehender Gewerbesteuern, anregen soll. Diese Maßregel soll ebenfalls im Interesse „der Erhaltung und Existenzfähigkeit der mittleren und kleinen Mühlenbetriebe“ liegen. Man kommt also auch hier auf die Sprünge der Kleinräumer. Eine billigere Beförderung ihrer Produkte verlangen die Müller insoweit, als die Beförderung von Mehl und Mühlenprodukten aus dem Sonderzoll I in die allgemeine Wagenladungskategorie als für „dringend geboten“ erachtet wurde. Ferner wünschte man noch, daß die Vorverläufe von Mehl und Mühlenfabrikaten auf längere Zeit als drei Monate hinaus für gesetzlich unzulässig, bez. jeder daraus herzuleitende Rechtsanspruch für unwirksam erklärt werden soll.

Die Kreisbauernschaft Dresden hat dem Antrag der Innung der Dresdener Buchdruckereibesitzer auf Bildung einer Zwangsinnung die Genehmigung erteilt. Ein dagegen von den Gelehrten eingereichter, ausführlich begründeter Protest ist nichtig und unzulässig abgelehnt. Die neue Bann-

Kleine Chronik.

Leipzig, 11. Oktober.

Altes Theater. (Fatinha von Fr. von Suppl.) Am Sonnabend wurde die lustige Fatinha wieder einmal aufgeführt. Herr Frank gab den Oberst Kantakuloff, der die Welt mit der Krone regiert und in eine Dame verliebt ist, die gar nicht existiert, ganz famos. Weinade noch treffender war die Verkörperung des Reformtürken Jzets-Bascha durch Herrn Scarle, der durch diese Rolle wieder einmal bewies, daß er auch mit Erfolg aus seiner gewohnten Schablone herausgehen kann. Den Spektakelcharakter hatte Herr Gofz sang und spielte Herr Vanberger ausgezeichnet. Ich habe selten einen Künstler gesehen, der alle guten Eigenschaften des Operntenors: Stimme, Schilung, flotte Erscheinung, lebendiges Spiel, so vollkommen in sich vereinte wie Herr Vanberger. Der Haremshüter Mustapha des Herrn Heine war eine drollige Charge. — Weniger gut bestellt war es um die Damenrollen. Frau Wolff gab die Lydia elegant, aber ihre Stimme klang etwas zu scharf; und dem Wladimir Samoiloff des Fr. Linda schloß der rechte Operntendie. Diese Rolle müßte eigentlich flottes, „feicher“ gegeben werden, wie die Wiener sagen.

Im ganzen war aber die Aufführung recht gelungen. Die zahlreichen Personen, die die Operette erfordert, wirkten gut zusammen, so daß wir einen recht lustigen Abend zu verzeichnen haben. Und das ist schließlich bei einer Operettenvorstellung die Hauptsache.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird am Mittwoch die Oper: Der Troubadour gegeben, der das Ballet Elektra folgt. — Im Alten Theater geben als vierte vollständige Vorstellung zu halben Preisen Wallenstein Lager und Die Piccolomini in Scene.

Am Donnerstag wird der Schwank: Die goldene Eva im Neuen Theater wiederholt, während im Alten Theater die Post: Eine tolle Nacht gegeben wird.

Für den Freitag ist im Neuen Theater die Oper: Don Juan, im Alten Theater das Lustspiel: Im weißen Röhl angefüßt. Am Sonnabend verabschiedet sich bei aufgehobenem Abonnement Fr. Kerner als Rose Friquet im Glöckchen des Eremiten. Der Vorverkauf der Billette für diese Abschiedsvorstellung (mit 30 Pf. Aufgeld für das Billet) beginnt am Donnerstag von 10—3 Uhr an der Tageskasse des Neuen Theaters.

Der Vorstand der Literarischen Gesellschaft in Leipzig hat beschlossen, die Literarische Gesellschaft aufzulösen, da er die Ueberzeugung gewonnen hat, daß er das Ziel, das er sich bei der Begründung der Gesellschaft setzte, erreicht hat, indem er das Leipziger Publikum mit einem Teil der modernen Literatur bekannt machte.

Dr. Karl Heine hat einen Ruf als artistischer Direktor des Karl Schulze-Theaters in Hamburg erhalten und seine Stellung bereits angetreten.

Byzantinische Trauer. Aus Anlaß des Todes der Prinzessin Albrecht von Preußen geben die Braunschweiger Neuesten Nachrichten nachfolgenden Prozentsatz von sich: „Tranernnd steht das braunschweigische Volk an dem Acheron und jagt Charons Kahn, der mit seiner toten Last durch die dunklen Fluten dahingleitet, mit Thränen aufrichtigen Schmerzes nach.“

Als aber am Sonnabend nachmittag die Nachricht vom Tode der Prinzessin eintraf, sagte der patriotische Arbeiterverein, der von der Regierung Zuschüsse erhält, nicht etwa eine feierliche Veranstaltung ab, sondern die patriotischen Herren amüsierten sich bis tief in die Nacht hinein. Standen die Herren da am Acheron und weinten?

nung wird am 1. Januar 1899 ins Leben treten und umfasst außer Dresden noch 18 umliegende Orte.

Böbau, 8. Oktober. Wiederholt ist schon darauf hingewiesen worden, daß die hiesige Kornhaus-Genossenschaft, die vom Staat mit Kapital zu dem billigen Zinsfuß von 2 1/2 Prozent unterstützt wird, dem ohne solche Unterstützung arbeitenden Getreidehandel entgegen ihren Bestimmungen starke Konkurrenz macht. Die Regierung hat das Geld doch nur zur Unterstützung der Landwirtschaft des Kreises, für welche das Kornhaus errichtet wurde, hergegeben, nicht aber zu dem Zwecke, daß diese Genossenschaft mit dem von den gesamten Steuerzahlern aufzubringen billigen Gelde den auch Steuern zahlenden Getreidehändlern Konkurrenz machen soll. Früher hat sich der Vorstand der Genossenschaft immer damit ausgedrückt, daß diese Geschäfte von dem Direktor der Genossenschaft privatim gemacht worden seien. Entweder hat nun der Direktor Gesellen an diesen Geschäften gefunden oder aber der Vorstand der Genossenschaft wünscht derartige Geschäfte, denn Thatsache ist es, so schreibt der Oberlausitzer Volksbote, daß auch neuerdings das hiesige Kornhaus wieder ganze Wagenladungen schlesischen Weizen bezogen hat. Es dürfte denn doch an der Zeit sein, daß die Regierung dieser Genossenschaft einmal etwas mehr Aufmerksamkeit widmet.

In der Generalversammlung der Böbauer Bank waren 14 Aktionäre anwesend, die 1210000 Mk. Kapital vertreten. Es wurde beschlossen, das Kapital um eine Million Mark, also auf 3 Mill. Mk. zu erhöhen und die Aktien, die vom 1. Januar 1899 ab dividendenberechtigt sind, der Leipziger Bank gemäß deren Offerte zum Kurse von 110 Prozent zur freien Verfügung ohne Einräumung von Bezugsrechten an die alten Aktionäre zu überlassen. Die Direktion berichtigte, daß das Geschäft einen wesentlichen Aufschwung genommen habe und für das erhöhte Aktienkapital eine gute Verzinsung gesichert erscheine. Wie verlautet, wird die Leipziger Bank die neuen Aktien vorläufig nicht in den Verkehr bringen.

Zittau, 10. Oktober. Ein Ausweisungsbefehl ist dem bisherigen Direktor der hiesigen Wirterschen Naturheilbadesanstalt, Franz Fischer, kürzlich vom Stadtrat zugestellt worden. Der Ausweisungstermin ist auf den 31. Oktober festgesetzt. Ein Grund für diese Maßregel ist nicht angegeben, doch wird behauptet, daß die Ausweisung auf Verreiben von ärztlicher Seite erfolgt sein soll. Herr Fischer hat bereits Refus bei der Reichshauptmannschaft eingelegt, von der aber bisher noch keine Entscheidung vorliegt.

Treuen, 8. Oktober. Bei Gelegenheit einer Versammlung der sächsischen Militär- und Kriegervereine des Bezirks Luerbach ernannte der Vorsitzende Bezirksvorsitzer Dr. Jahnitz zur Treue gegen Kaiser und Reich, König und Vaterland. Tief betäubend und zugleich beschämend sei es, daß in einem Kreise, wo 160 Militärvereinsmitglieder wohnen, nur 55 Stimmen für den Kandidaten der Ordnungspartei abgegeben worden seien. „Was soll man dazu sagen,“ fuhr der Herr Redner fort, „wenn festgestellt ist, daß in einem Wahlkreise, wo 56 Mitglieder ihren Wohnsitz haben, nur 13 Stimmen für den Ordnungsmann abgegeben worden sind? Es kann sich niemand der Ueberzeugung verschließen, daß wir Gesichter und Väter unter uns haben, die uns dadurch belügen, daß sie uns vormachen, sie seien königstreue Männer. Es ist keine verbotene Politik, wenn wir diese unzufriedenen Elemente, die keinen Gott und kein Vaterland haben wollen, nicht unter uns dulden. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Vereine dem Königshause treu bleiben; deshalb ist es Pflicht eines jeden Kameraden, dafür Sorge zu tragen, daß solche verfechtete Sozialdemokraten und Heuchler aus unserer Mitte hinauskommen.“

Die Geschichte so vieler Kriegervereine ist allerdings tief betrübend. Es ist eben nicht alles vollkommen in der bürgerlichen Gesellschaft. Wie schön wäre es z. B., wenn es in der Natur so vorgesehene wäre, daß jeder sozialdemokratische Wähler, sobald er seinen Stimmzettel abgegeben hat, eine rote Nase kriegt. Wie würde man dann die Heuchler aus den Kriegervereinen hinauswerfen können! Allerdings würden dann auch viele königl. sächsische Militärs und Kriegervereine so bedenklich zusammenschmelzen, daß von ihnen verflucht wenig übrig bliebe.

oo. Plauen i. Vogll., 10. Oktober. Der hiesige Verein der Musterzeichner hat über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Reichsanstalt eine Statistik aufgenommen. Von 167 Musterzeichnern hatte ein Drittel einen Verdienst bis 18 Mk. pro Woche, ein anderes Drittel einen solchen von 18 bis 24 Mk., nur zehn hatten über 28 Mk. Für die auf einen Freitag fallenden Feiertage sowie für die beschäftigungslosen Tage im Sommer wird der Lohn abgezogen. 106 Zeichner waren über 20 Jahre alt, 83 waren verheiratet. Die Arbeitszeit ist 10 1/2 stündig. Nach amtlichen Mitteilungen betrug 1895 die Zahl der Zeichenlehrlinge in Plauen 229, 1897 aber nur 116. Trotz dieser Abnahme hat kein anderer Beruf so viele Lehrlinge aufzuweisen. — In Oera hat der Verein der Musterzeichner ebenfalls eine Statistik aufgenommen, die dort an den Tag gekommenen Zustände sind fast noch schlimmer. Daraus erklärt sich genugsam der Anschluß der Zeichnervereine an die moderne Genossenschaftsbewegung.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Landtagsabg. Richter-Wasch, der Vertreter des ländlichen Wahlkreises Niesau, feiert am 18. Oktober sein 25jähriges Landtagsabgeordnetenzubiläum. — Auf den Staatsbahnlinien Sachsens sind im vorigen Jahre 247 Personen verletzt, tödlich 55. Unter den Verunglückten befanden sich 201 Bahnbedienstete, von denen 87 an den erhaltenen Verletzungen starben. Eisenbahnreisende sind 11 verletzt und 4 getötet. Die übrigen Verletzungen und Tötungen entfallen auf Personen, die das Geleise in selbstmörderischer Absicht oder in unerlaubter Weise betreten. — Die Fleischermung in Glaucha hat sich einstimmig für die freie Innung entschieden. — Der Gesamtverlust der freistündigen Birnaischen Tagespost, die wie bereits berichtet worden ist, am letzten vorigen Monats eingegangen, stellt sich auf 100000 Mk. Es sind nicht nur die sämtlichen Einzahlungen, sondern auch die statutenmäßig vorgeschriebenen Nachzahlungen verloren gegangen. — Der ehemalige Bezirksfeldwebel Gnädig, der beim Postamt in Plauen angestellt ist, hat durch Aufschneiden der Pulsadern einen Selbstmordversuch begangen. Größere Untersuchungen sollen der Grund zu der That gewesen sein. — Der Bau einer neuen Schule sollte in Delitzsch im Submissionswege vergeben werden, die Prüfung der eingegangenen Offerten ergab, daß der niedrigste Kostenaufschlag für Maurer- und Zimmerarbeiten 188000 Mk., der höchste aber 182000 Mk. betrug. Ein schöner Unterschied.

Altenburg, 10. Oktober. Von einem interessanten Interesse berichtet die Altenburger Volkszeitung aus einer Sitzung der Strafkammer des hiesigen Landgerichts: Eine Frau ist der Unterschlagung von Hühnern angeklagt. Die Hühner hat der Gendarm seiner Zeit der Angeklagten, die behauptete, daß sie ihr gehörten, auf die Anzeige des angeblich Geschädigten ohne

weiteres weggenommen. In der Hauptverhandlung beteuerte die Angeklagte ihre Unschuld und setzte im Ueberflusse ihrer Empfindungen hinzu: „Wenn mir das heute noch einmal passierte, daß mir der Gendarm meine Sachen nehmen wollte, so jagte ich ihn mit meinem Besen zur Hölle hinaus.“ Der Vorsitzende der Strafkammer, der Landgerichtsdirektor Dr. Frommelt, verwies ihr dies etwa mit den Worten: „So, an einem Organ der Staatsgewalt wollen Sie sich vergreifen? Sie wissen, daß der Gendarm den Rock des Königs trägt. Und wer des Königs Rock trägt, ist verpflichtet, denjenigen einfach niederzustrecken, der sich daran vergreift. Wenn Sie also das gethan hätten, so ständen Sie heute nicht hier!“

Danach wäre also ein Polizist verpflichtet, eine alle wehrlose Frau ohne weiteres niederzustrecken, wenn sie sich an ihm vergreift. Eine Heldenthat würde das ja nun gerade nicht sein, aber die Anschauung des Herrn Landgerichtsdirektors Frommelt paßt gewiß — zu dem Redlichen Schieferlaß.

Großheringen, 10. Oktober. Zu dem Unfall auf hiesigem Bahnhofsplatz ist noch nachzutragen, daß der Schnellzug nach einständiger Verspätung seine Fahrt fortsetzen konnte.

g. Halle a. S., 10. Oktober. Die früher bei Freundenmädchen als Aufwärterin thätig gewesene unverheiratete Auguste Hennig von hier wurde vor dem Schwurgerichte wegen Meineids prozessiert und dabei wurde von einem Zeugen, Kupferschmied Albert Dehne, endlich bekundet, daß er auf Grund falscher Aussagen des früheren Polizeiergenten Priebe, der auch die Hennig zum Meineid überredet haben soll, unschuldig wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden sei. Eine Aufwärterin Anna Schwanitz erklärte unter dem Eide, daß Schulkleute in Uniform und in Civil öfter in einem Fremdenhause verkehrt hätten und dort Bier gratis angenommen haben. Dehne hat seine Strafe, wie durch die heutige Beweisaufnahme festgestellt wurde, unschuldig verbüßt. Die Verhandlung wurde behufs weiterer Beweis-erhebung vertagt.

Der hiesige konservative Verein hat beschlossen, seine Festlichkeiten nur in Gastwirtschaften abzuhalten, wo keine sozialdemokratischen Keller bedienen. Vielleicht beschließt der Verein demnächst auch, seine Festlichkeiten nur in Gastwirtschaften abzuhalten, die das Bier aus Brauereien beziehen, in denen keine sozialdemokratischen Arbeiter beschäftigt werden.

Soziale Rundschau.

Der Pariser Streik. Das offiziöse Wolffsche Bureau meldet aus Paris vom 10. Oktober: Am heutigen Vormittag herrschte überall Ruhe; die Zahl der Arbeiter, die die Arbeit fortsetzen, ist dieselbe wie am Sonnabend. Nur ein Trupp Ausständiger versuchte auf einem Bauplatz thätige Arbeiter zum Wiederlegen der Arbeit zu verleiten. Auf Anrufen des des Infanterieposten an dieser Stelle befehligen Offiziers zerstreuten sie sich jedoch. Die Zahl der Infanterieposten, die die Aufgabe haben, die Ordnung aufrecht zu erhalten, ist heute erheblich vermehrt worden. In der Arbeiterbörse beschlossen heute mehrere Versammlungen Ausständiger, den Ausstand fortzusetzen. Ein Zwischenfall kam nicht vor.

Clomenceau und Mirbeau besprachen sich auf der Arbeiterbörse mit den Streikführern und beschworen sie, darauf hinzuwirken, daß Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Militär vermieden werden. Die Aussichten auf Beendigung des Streiks sollen günstig sein.

In den Bureaux des Ministres und des Provinzialrates wurde dem Streikkomitee versprochen, die Wünsche der Ausständigen bei den Ministern vor den Handel und für die öffentlichen Arbeiten zu unterstützen, falls sie für die Arbeiten bei den Ausstellungsbauten und für den Eisenbahnbau dieselben Zugeständnisse verlangen würden, wie sie sie für die städtischen Arbeiten verlangt hätten.

Die Ofenseher und Holzbildhauer beschlossen ebenfalls den Streik. Dem Malin zufolge erklärte der Vertreter der Erdarbeiter, die Arbeiten erst dann wieder aufzunehmen, wenn auch die Forderungen der übrigen Gewerkschaften, mit denen sie sich solidarisch erklärt hatten, erfüllt seien. Fagar will wissen, die Mehrheit der Eisenbahnarbeiter und -bediensteten sei gegen den Streik. Die Genossenschaft der Bahnbediensteten, die für den Ausstand thätig ist, betrage kaum ein Zwanzigstel sämtlicher Bahnangestellten.

Von mehreren Seiten wird versichert, daß der Ausstand im Abnehmen begriffen ist. Zum Schutze der Baustellen waren gestern 23000 Soldaten ausgedient.

Aus der Partei.

Genosse Buch hat am 9. Oktober nach 10 1/2 monatlicher Haft das Bezirksgefängnis in Mühlhausen i. G. verlassen. Hoffen wir, daß er die Haft ohne Schaden für seine Gesundheit überstanden hat.

Weil die Grabreden gehalten haben sollen, wurden die Genossen Allenbaum aus Ebersfeld und Eberle aus Varmen zu je 5 Mk. Geldstrafe verurteilt. Sie hatten bei einem Begräbnis einige Worte an die Lebtragenden gerichtet.

In Rempten erlitten vier Parteigenossen Strafmandate wegen großen Unfugs, weil sie im Vereinslokal ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausbrachten und die Marseillaise gesungen hatten. Das Schöffengericht sprach sie frei, da Singen und Hochrufen im Vereinslokal kein großer Unfug sei.

Die Genossen Stadthagen und Schmidt-Frankfurt werden in der ersten Zeit an den Reichstagsverhandlungen nicht teilnehmen können. Stadthagen hat die Aufforderung zum Antritt einer fünfmonatlichen Gefängnisstrafe erhalten und gegen Schmidt ist ein Urteil auf drei Monate Gefängnis bereits rechtskräftig geworden.

In Mühlhausen i. Th. hatten sich vier Arbeiter wegen großen Unfugs und Hausfriedensbruchs vor dem Schöffengericht zu verantworten. Sie waren beschuldigt, in der Nacht auf den 1. Mai auf dem Turme der Untermarktstraße eine rote Fahne aufgesteckt zu haben. Drei wurden wegen mangelnden Beweises freigesprochen, einer aber zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt und wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. Oktober

Der Streik der Modell- und Fabrikstischler ist vertagt worden. So hat eine Versammlung mit großer Mehrheit beschlossen. An dem Streik waren noch 12 Geschäfte mit 68 Gehilfen beteiligt. 17 Gehilfen arbeiten zu den alten Bedingungen, zu den neuen Bedingungen sind 78 Kollegen beschäftigt, 4 sind anderwärts untergebracht. Sämtliche Kollegen werden aufgefordert, fest zur Organisation zu halten. Die Firma Schelter u. Wiestke ist von der Liste der gesperrten Firmen zu streichen. Der Zuzug ist nach folgenden Firmen zu vermeiden: Bachmann

u. Reiter, Dieb u. Lüftung, Drehmer, Gebr. Emrich, Fomm, Fränkel u. Comp., Friedrich, Gög u. Nestmann, Grob u. Comp., Hermann, Hirzel, Kirchner, Koch, Krause, Mansfeld, Mohrenhin, Nägele u. Comp., Schöne u. Sohn, Seliger u. Comp., Modellsticherei, Wiegand, Modellsticherei, Weidner, Wiegand u. Seifert. Die Streikleitung.

Beim Näherleben der Leipziger Stadterordnetenwahlen wird es unsere Genossen interessieren, auch das Wahlprogramm unserer Stettiner Genossen kennen zu lernen, die sich in diesem Jahre ebenfalls an den Kommunalwahlen beteiligen. Es enthält folgende Forderungen: 1. Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises unter Kontrolle der Gewerbeaufsichtsbüro; 2. Festsetzung eines Minimallohnes für städtische Arbeiter und Festsetzung der Arbeitszeit derselben; 3. bei Vergabung der städtischen Arbeiten in Submission muß zur Bedingung gemacht werden, daß nicht niedrigere Arbeitslöhne als bei Konkurrenz-Unternehmern gezahlt werden dürfen; ist ein Tarif zwischen Arbeitgeber und Arbeitern abgeschlossen, so dient dieser als Grundlage; 4. Uebernahme städtischer Arbeiten in eigene Regie, soweit sie dazu geeignet sind; 5. Einsetzung einer städtischen Sanitätskommission; Kontrolle gesundheitsgefährlicher Wohnungen; 6. unentgeltliche Gewährung der Lehrmittel in der Volksschule und Verpflegung derjenigen Kinder, die diese beanspruchen; 7. Ausführung von Nothstandsarbeiten in Zeiten allgemeiner Arbeitslosigkeit; 8. Verweigerung städtischer Gelder zu sogenannten patriotischen Festen.

Halle, der „Durchgänger“. Die nationalliberale Kölnische Zeitung schreibt zu der Eingabe der Deutschen Kolonialgesellschaft an den Reichskanzler:

Die Leipziger Abteilung hat sich, nachdem Professor Hass und ähnliche Durchgänger ihre frommen Wünsche entwickelt hatten, dieser Eingabe mit folgender Erklärung angeschlossen. . . . Alle diese Erklärungen sind gewiß herzlich gut gemeint; leider unterlassen die Herren nur jede Anbeutung darüber, wie Deutschland es anfangen sollte, eine Verständigung zwischen Portugal und England über portugiesischen Kolonialbesitz zu hinterziehen. Wenn die Herren aber nach dieser Richtung keinen Rat wissen, so sind alle ihre Worte in den Wind gesprochen; denn in der Politik haben wir es mit dem Möglichen und Erreichbaren zu thun und nicht mit Dingen, die auf dem Monde liegen. Verlassen die Herren immer wieder den Boden der praktischen Politik, um irgend einen Irrsinn nachzurennen, so laufen sie Gefahr, die Sympathien und die politische Beachtung zu verlieren, die sie sich in früheren Jahren erworben haben. Wir wünschen den Herren alles Gute, wir haben alle Achtung vor ihren Wünschen, mit denen sie sich ihre Freiheit und ihr Recht schon selbst sichern werden, aber wir haben nicht die mindeste Lust, Transvaal zum Mittelpunkt unserer Politik zu machen. Wenn hier überhaupt Fehler gemacht werden, so sind dies Grundgebungen, die in Transvaal Hoffnungen erwecken, die Deutschland nicht erfüllen könnte.

Ein Lehrkursus über künstliche Fischzucht (vorzugsweise Forellenzucht) wird an der Forstakademie zu Tharandt auch in diesem Jahre und zwar durch den Professor Dr. Ritsche abgehalten werden. Der Kursus beginnt Donnerstag den 17. November nachmittags 5 Uhr und schließt Sonnabend den 19. November nachmittags 5 Uhr. Der Kursus wird wie früher aus Vorlesungen und praktischen Übungen bestehen und jedermann unentgeltlich gegen einfache Einzeichnung des Namens in die an Ort und Stelle ausliegende Liste zugänglich sein.

Die diesjährige Hauptkonferenz des Schulinspektionsbezirks Leipzig-Band, wozu Schuldirektor Messerschmidt in Lieberkowitz den Hauptvortrag übernommen hat, findet Donnerstag den 20. Oktober im Gasthof zum Löwen in Stölkritz statt.

Zu dem Raubanfall auf der Promenade ist noch nachzutragen, daß nach den neueren Feststellungen der der That dringend verdächtige Mann folgendermaßen beschrieben wird: Etwa 30 Jahre alt, von mittlerer Gestalt, nicht vollem, aber auch nicht magerem Gesicht, dunklem Schnurbart und dunklem Haar, mit etwas schmutzigen, schwerere Arbeit verratenden Händen, den aufsehend verlegten Daumen der linken Hand kunstgerecht verbunden mit weißem Verbandstoff, bekleidet mit dunklem Anzug und dunklem Hut. Er trägt wahrscheinlich am vierten Finger der linken Hand einen goldenen Ring von glattem Muster mit Krappen, in die ein weißer Similkstein gefaßt ist. — Auf die Ermittlung des Räubers ist bekanntlich eine Belohnung von 100 Mk. ausgesetzt worden.

Zu der Schießaffäre in Neustadt. Die durch einen Leichtsinn ihres ehemaligen Geliebten Kaspa verwundete Frau Hedwig Reinhardt ist wieder hergestellt und hat das Krankenhaus bereits verlassen. Die Untersuchung gegen Kaspa, der sich bekanntlich in Haft befindet, ist noch nicht abgeschlossen.

Bei der Arbeit vernunglos gestern vormittag ein Zimmermann. Er stürzte von einem Neubau in der Leipziger Straße zu Stötteritz ab und wurde befinnungslos ins Leipziger Krankenhaus gebracht.

Ausgesetzte Belohnung. Am 6. Oktober nachmittags ist aus einer Mädchenkammer im Grundstücke Stephansstraße 8 ein Geldebetrag von 365 Mark und zwei goldene Ringe gestohlen worden. Die Dienstherrschaft der Bestohlenen hat nunmehr auf die Ermittlung des Diebes eine Belohnung von 50 Mark ausgesetzt.

Durchgebrannt ist am Sonnabend nach Unterschlagung von 1800 Mk. der 17 Jahre alte Laufbursche Paul Schwabe von hier. Er ist mittelgroß, schwächlich, hat blondes Haar und blaßes, hageres Gesicht. Die Unterschlagung hat er zum Nachtheile seines Prinzipals, eines Buchhändlers in der inneren Stadt, verübt.

Verhaftungen. Aus einem Geschäft am Brühl sind in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag mittels Einbruchs eine größere Anzahl Taschenuhren, Uhrenketten etc. gestohlen worden. In der Person eines wegen Diebstahls schon mehrfach vorbestraften 18 Jahre alten Arbeiterburschen von hier ist nunmehr einer der Einbrecher ermittelt und verhaftet worden. Ein großer Teil der Diebstahlsobjekte wurde in seiner Wohnung versteckt aufgefunden. — Eine Verkäuferin aus Harta, die aus einem Warenhaus am Königplatz nach und nach Waren im Werte von 170 Mark gestohlen hatte, wurde ebenfalls zur Rechenschaft gezogen.

Selbstmord und Selbstmordversuch. In seinem in der Nordstraße gelegenen Geschäftslokale hat sich am Sonntag abend ein 40jähriger Kaufmann aus unbekanntem Grunde durch Erschießen entleert. — Gestern morgen schloß sich ein 19jähriger Kaufmann in seiner Wohnung in der Kleinen Fleischergasse in selbstmörderischer Absicht zwei Angeln in den Unterleifer. Er verlor sich nicht unerheblich und fand Aufnahme im Krankenhaus. Das Motiv der That ist noch unbekannt.

gestohlen worden. Die Diebe haben die Richtung nach Leipzig eingeschlagen.

Verunglückt. Gestern vormittag wurde ein 47 Jahre alter Mollkutscher auf der Kreuzung der Duer- und Schützenstraße von einem Anhängewagen der Straßenbahn erfasst und zwischen diesen und seinen eigenen Wagen gedrückt, so daß er Verletzungen an der Hüfte und im Rücken erlitt. Der Mann wurde in der Sanitätskammer verbunden und nachher in seine Wohnung gebracht.

Pferdediebe. In Altenhain bei Wurzen sind zwei Pferde, und zwar eine braune 17jährige hochtragende Stute und eine 3/4-jährige Stute ohne Abzeichen, mit Geschirre und Hinterlader,

Das Buchgewerbe unseres Buchhändlerhauses hat im rechten Saale des 1. Stockwerkes zur Zeit eine Reihe von Sammelwerken ausgelegt, die unseren Lesern zwar schon von der diesjährigen Cantonausstellung her bekannt sind, damals aber schwerer zugänglich waren als jetzt, da die einzelnen Blätter der betreffenden Werke übersichtlich neben einander aufgestellt gefunden haben. Wir erwähnen davon in erster Linie eine unter dem Titel L'estamps Moderno erscheinende, noch nicht abgeschlossene Sammlung von Arbeiten moderner französischer Künstler, von denen Namen wie die eines Steinlen, Mucha, Buis de Chabonne unseren Lesern gewiß noch von früher her in der Erinnerung sein werden. Die aus 63 Blättern bestehende Sammlung, die ebenso landschaftliche Motive, Portraits und Aktstudien (siehe vor allem den reizenden, weiblichen Akt von Galbet) wie Szenen aus dem Pariser Leben aufweist, ist besonders deshalb interessant, weil wir in ihr die verschiedensten Richtungen und Stilarten moderner Kunst vereinigt sehen. Des weiteren sei noch besonders auf die neue Folge von Radierungen der Borysweber, eines Hans am Ende, Fritz Overbeck u. a. hingewiesen, die, seit mehreren Jahren schon in völliger Zurückgezogenheit lebend, sich die Schilderung der niederländischen Landschaft zur Aufgabe gemacht und aus ihrem unigen Verkehr mit der Natur heraus bereits eine stattliche Zahl tieferfundener, stimmungsvoller Landschafts- wie Figurenbilder geschaffen haben. Auf das kunstgewerbliche Gebiet hinüber führen uns die dem Werk von J. V. Sponcel "Das moderne Plakat" entnommenen Plakatproben, die in ihrem Nebeneinander deutscher, englischer, amerikanischer, französischer Plakatanbieter zu interessanten Vergleichen Gelegenheit bieten. Von sonstigen Erscheinungen auf dem kunstgewerblichen Gebiet sei endlich noch der von Arnold Hynonin herausgegebene Moderne Stil genannt, der auf seinen 20 Musterblättern wirklich den modernen dekorativen Charakter zum Ausdruck bringt, während von Werken wie C. Wehrens, Moderne Decken- und Wandmalerei oder Moderne Pflanzenornamente der Königl. Industrieschule Blumen i. Vogl. trotz des Wörtchens: modern ein gleiches nicht behauptet werden kann.

Vereine und Versammlungen.

Stadtkasse. Sonnabend den 8. Oktober tagte im Restaurant Epich eine gut besuchte öffentliche Versammlung. Zum 1. Punkt erstattet der Vertrauensmann Bericht vom Unterstützungsfonds. Die Einnahmen belaufen sich im letzten Quartal auf 355.50 Mk. und die Ausgaben auf 26.26 Mk. Sieben Werkstattdelegierte haben noch nicht abgerechnet. Die Revisoren finden die Kasse in bester Ordnung, worauf der Vertrauensmann entlastet wird. Der nächste Punkt, Arbeitsnachweis, giebt abermals wieder Anlaß zu einer lebhaften Debatte, da wiederum eine Anzahl Kollegen den Arbeitsnachweis umgangen haben. Einer abfälligen Kritik wird zumal das Verhalten der Kollegen Weich und Worms unterzogen, da sich selbige noch, nachdem sie von verschiedenen Kollegen darüber zur Rede geführt worden waren, thätlich vergangen haben. Weich hat sogar noch mit "denunzieren" gedroht. Zwei Anträge werden angenommen, wonach Kollege Worms seiner Aemter zu entheben ist und die Kollegen derjenigen Werkstätten, in denen sie ohne Arbeitsnachweis eingestellt wurden, einfach bei ihrem Unternehmer vorstellig werden sollen und die Entlassung der betreffenden zu fordern haben. Hierauf erstattet der Kartelldelegierte Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells. Einstimmig wird der Antrag abgelehnt, ein Agitationsflugblatt herauszugeben. Auch für ein Handgehen des Arbeitervereins schien keine Sympathie vorhanden zu sein, da sich kein Redner hierzu zum Wort meldet. Der letzte Punkt, Stellungnahme zum Verbandstag und Wahl eines Delegierten dazu, wird bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt.

Der Arbeiterverein Liebertwolkwitz hielt am 2. Oktober nach längerer Pause eine Versammlung im Restaurant Gambinus ab. Der Vorsitzende verlas eine Broschüre über Freimaurerei, die des Interessanten viel bot. Ferner gedachte derselbe des Ablebens dreier Mitglieder und gab bekannt, daß er wegen Abhaltung einer Versammlung den Restaurateur Bammel um Ueberlassung seines Lokals gebeten, jedoch abschlägigen Bescheid erhalten habe. Man beschloß, die vom Verein beschlossenen Vergütungen bis nach Fertigstellung des Saales zum schwarzen Kofz zu verschieben und beauftragte den Vorstand, selbige an geeigneten Tagen abzuhalten. Vier neue Mitglieder wurden aufgenommen und verschiedene Fragen erledigt.

Hausdorf. Mitgliederversammlung des Arbeitervereins vom 1. Oktober. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Politische Rundschau; 3. Antrag des Vorstandes betr. Verschmelzung beider Vereine am Ort; 4. Vereinsangelegenheiten, Fragekasten und Verschiedenes. Der erste Punkt erledigt sich durch Aufnahme eines neuen Mitgliedes. Genosse Kramer giebt zum zweiten Punkt die politische Rundschau, an die sich, da ja Stoff genug aus der jüngsten Vergangenheit vorlag, eine längere Diskussion knüpfte. Das regste Interesse nahm unstrittig der dritte Punkt ein, Verschmelzung beider Vereine (Arbeiterverein und Gemeindeverein). Nach langer Diskussion und gründlicher Aussprache wird schließlich ein Antrag, die Sache dem Vorstand zu überlassen, mit großer Mehrheit angenommen und damit der vorige Versammlungsbeschluss außer Kraft gesetzt. Unter Verschiedenem giebt Genosse Behold einen Bericht vom Schulsaalkomitee. Nach Erledigung einiger kleinerer Sachen und einem kräftigen Appell an die Mitglieder, auch weiterhin für einen guten Besuch der Versammlungen zu sorgen, schloß die ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung.

Mitteilungen aus dem Publikum.

An die Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen des Ostens. Kollegen und Kolleginnen! Wie durch die Annonce in der Freitagsummer der Leipziger Volkszeitung bekannt gemacht worden ist, findet Dienstag abend eine öffentliche Versammlung im Restaurant Silberpappel statt. Eure Pflicht ist es, daß Ihr alle,

Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, die Ihr keiner Berufsorganisation angehört, in dieser Versammlung erscheint und für zahlreiche Besuch der Versammlung agitiert. Denn, Kollegen und Kolleginnen, noch nicht lange ist es her, daß man den Arbeitern das Landtagswahlrecht illusorisch gemacht hat, ebenso hat vor kurzer Zeit die Gesetzgebungsmaschine die Minderjährigen aus politischen Versammlungen ausgeschlossen und schon wieder wird ein neues Attentat gegen die Volksrechte geplant, in Gestalt einer Zuchthausvorlage. Die Arbeiter sollen noch mehr geknechtet und unterdrückt werden. Kollegen und Kolleginnen! Wollt Ihr mit beitragen, daß die Zuchthausvorlage Gesetz wird, wollt Ihr, daß die arbeitende Klasse noch mehr unterdrückt und geknechtet wird? Wenn nicht, so organisiert Euch, erscheint in der Versammlung und schließt Euch dem Fabrik- und Hilfsarbeiterverbände an.

Die organisierten Arbeiter werden ersucht, die Fabrik- und Hilfsarbeiter hierauf aufmerksam zu machen. Karl Lohr.

In Nr. 229 der Volkszeitung bringt Herr Schenke, in Firma Schenke u. Engelmann, auf meine Erwiderung seines ersten Eingelands eine "Berichtigung", die mich in Verwunderung setzte hat. Allerdings nicht etwa wegen der wahrheitsgetreuen Berichtigung, sondern wegen der Dreistigkeit, mit welcher alle bei der damaligen Arbeitsniederlegung vorhandenen Differenzen und Mißstände "wegberichtigt" werden. Nun, ich will mich mit Herrn Schenke in keine weitere Preßfehde einlassen. Alles, was ich in Nr. 226 der Volkszeitung im Artikel und Verammlungsbericht geschrieben habe, halte ich voll und ganz aufrecht und habe ich das nötige Material zur Verfügung. Es steht ja Herrn Schenke ein weiterer Weg frei, um von mir den Wahrheitsbeweis zu verlangen. Ich habe nicht Lust, immer wieder auf neue "Berichtigungen" des Herrn Schenke zu erwidern, dazu ist mir der Raum der Volkszeitung zu kostbar. Franz Meusch, Bevollmächtigter des Holzarbeiterverbandes.

Bei Aufstellung der Jourliste für das Auskunfts-Bureau für den Monat Oktober fehlten unentschuldig folgende Gewerbesgerichtsbeisitzer: Tapezierer Becker, Stellner Klaus, Maurer Döge, Handarbeiter Oskar Müller, Silberarbeiter Bohl, Zimmerer Rose, Buchbinder Talschneider, Notenbecher Eißold, Schuhmacher Fietzler, Maler Meisch und Tischler Dymann. Zu spät kamen: Schuhmacher Burkhart, Speditionsarbeiter Müller, Schlosser Schalte und Kürschner Seifert. Gelbgießer Adolph wird ersucht, seine Adresse einzusenden. Der Obmann.

Von Nah und Fern.

Ein treuer Beamter! Gnesen (Posen), 11. Oktober. Das Schwurgericht beurteilte den Brechener Stadtkammer Wardenstki wegen Unterschlagung von städtischen und Kirchengeldern und wegen Urkundenfälschung zu vier Jahren Zuchthaus.

Bankräuber. Rölln, 10. Oktober. Die Einbrecherbande, die in der Nacht vom 30. zum 31. Juli in die Wipperfürther Volksbank einbrach und den Direktor sowie dessen Frau knebelte, hatte sich heute vor dem Schwurgericht zu verantworten und wurde in Strafen von 6 Jahren Gefängnis resp. 5 und 13 Jahren Zuchthaus genommen. Der prägende Pfarrer.

In Kowno wurde der Barrer Bielskiewicz verhaftet unter der Anklage, ein Mädchen wegen seines Umganges mit einem Russen als Buße unmenschlich gepeinigt zu haben.

Gelbes Fieber. Newyork, 10. Oktober. Das gelbe Fieber greift im Staate Mississippi immer weiter um sich. Man befürchtet, daß der ganze Staat infiziert wird, falls nicht bald kühleres Wetter eintritt.

Telegraphische Depeschen.

Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Budapest, 11. Oktober. Graf Tshun und Finanzminister Dr. Raizl sind hier eingetroffen.

Paris, 11. Oktober. Monard, der Anwalt der Frau Dreyfus, hat um die Ermächtigung nachgesucht, die Revisionsakten einzusehen.

Madrid, 11. Oktober. Bis zum 15. November sollen 18000 kranke Soldaten von Cuba nach Spanien zurückgeschafft werden. Die Einschiffung der spanischen Soldaten von Portorico nach der Heimat wird am 18. d. M. beendet sein.

In einem Telegramm erklärte General Nios den Aufstand auf den Bisayas-Inseln für beendet. Der Ministertraktier neue Instruktionen für die Pariser Friedenskonferenz in betref der Philippinen.

London, 11. Oktober. Den Times wird aus Peking von gestern gemeldet: Der Geschäftsführer der Hongkong and Shanghai-Bank und der Direktor der Eisenbahnen hat heute den endgültigen Vertrag für die 3prozentige Anleihe von 250000 Pfund Sterling unterzeichnet, die für den Weiterbau der Nordbahn nach Nintchwan und Sing-ming-tun (= Nsin-min-tun) dienen soll. Als Sicherheit für diese Anleihe dient die Garantie der Regierung und eine Hypothek auf die Eisenbahn von Peking nach Shan-hai-hwan. Der Vertrag entspricht den vom russischen Geschäftsträger gestellten Bedingungen. Auch für eine wertvolle Kohlenminenkonzession in der Nähe der Eisenbahn, die nördlich der Großen Mauer zu bauen beabsichtigt wird, ist der endgültige Vertrag abgeschlossen worden.

Der Times wird ferner aus Peking gemeldet, es sei eine Verordnung ergangen, durch die die einheimische Presse unterdrückt wird und die Herausgeber von Preßzeugnissen zur Bestrafung gezogen werden. Alle Beamten, die Denkschriften zu Gunsten der Reformen unterzeichnet haben, sind aus ihren Aemtern entlassen worden. Das Ackerbanamt ist abgeschafft worden.

Aus Shanghai wird den Times gemeldet, Suang, der kürzlich zum Gesandten in Japan ernannt werden sollte, sei wegen Teilnahme an der Reformbewegung verhaftet worden; die in letzter Zeit erlassenen Verordnungen sind auf Befehl der Kaiserin allein ergangen, deren allgemeine Verfolgung der Fortschrittler ein wahres Regiment des Schreckens bilde.

Versammlungskalender.

Dienstag: **Hauskloster und Berufsgenossen.** Goltzger Hof, Windmühlengasse 11. Abends 7 1/2 Uhr. T.-D.: 1. Vortrag von Herrn W. K. Jäger über: Die Entwicklung der Gewerkschaften nach Dr. Joseph Schmid, Privatdozent in Gießen. 2. Gewerkschaftliche. **Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen des Ostens.** Silberpappel, Kirchstraße 17. Abends 7 1/2 Uhr. T.-D.: 1. Vortrag über: Sind die Gewerkschaften in der Lage, eine Besserstellung des Arbeiterstandes herbeizuführen? 2. Diskussion. Referent: Genosse Schulze. **Maler, Lackierer.** Horn, Windmühlengasse. Abends 8 Uhr. T.-D.: 1. Die bevorstehende Generalversammlung, resp. der Statutenrevision des Verbandes. 2. Wahl eines Gewerkschaftsreferenten. 3. Renouveau des Arbeiternachweises. 4. Bericht der Prüfungskommission. **Zimmerer.** Stadt Wittenberg, Lindenau, Markt. Abends 8 Uhr. T.-D.: 1. Entsprächen die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen? Referent: Genosse R. G. G. 2. Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftsreferenten. 3. Gewerkschaftliche. **Kerein für Naturheilkräfte u. Med. Wehenhallen.** Vortrag mit 14 Damen über: Krankenarbeiten in den Wehenhallen von Frau Clara Reichardt.

Briefkasten der Redaktion.

45, Lindenau. 1898: v. Frege (konf.) 10805, Langhammer (frei.) 2288, Stolte (soz.) 6841. 1898: v. Frege 7898, Zimmermann (Anti.) 1305, Stolte 6217. Es fehlt uns aber ein sicherer Anhalt dafür, ob das Resultat das endgültige war. Sollte es dies nicht sein, so wird wohl ein Genosse aus dem 14. sächsischen Wahlkreis unsere Pflern berichtigen.

W. W., Schladitz. Das Eingelands ist zum Abdruck ungeeignet. Veranlassen Sie doch die Verleger, resp. deren Väter oder Vormünder, die Mißhandlungen gerichtlich klarstellen zu lassen. Damit würde dem biederem Meister gewiß zuerst das Handwerk, d. h. seine die zulässigen Grenzen überschreitenden Forderungen, gelegt werden. In die Presse kommt es dann so wie so, Sie haben den umgekehrten Weg eingeschlagen. Sie wollen die Angelegenheit zuerst in der Presse veröffentlichen, bei solchen beweislosen Darstellungen ist dies aber doch nicht angehängig. **D. T.** Sind Zimmerdekorationen.

Auskunft in Rechtsfragen.

999. Der Mietvertrag ist rechtsgültig. Sie müssen, wenn es der Vermieter verlangt, bis zu seiner ordnungsgemäßen Auflösung Mietzins bezahlen, gleichviel ob Sie die Wohnung beziehen oder nicht.

Theatervorstellungen.

Neues Theater. Dienstag den 11. Oktober: 276. Abonn.-Vorstellung (4. Serie, Braun). **Vorleses Auftreten des Fräulein Kernie.** Die verkaufte Braut. Komische Oper in 3 Akten von Karl Sabina. Deutsch von Max Kalbed. Musik von Friedrich Smetana. Regie: Ober-Regisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Forst. **Kranzha, ein Bauer** Hr. Urcel **Katinka, seine Frau** Fr. Deuer **Marie, deren Tochter** Fr. Kernie **Micha, Grundbesitzer** Hr. Reibel **Agnes, dessen Frau** Fr. Etkofer **Wenzel, beider Sohn** Hr. Marion **Hans, Michas Sohn aus erster Ehe** Hr. Werckel **Regal, Heiratvermittler** Hr. Greder **Springer, Direktor einer Sektänzertruppe** Hr. Broft **Emeralda, seine Tochter** Fr. Osborne **Muff, als Indianer verkleideter Komödiant** Hr. Nad **Der Pfarrer** Hr. Schröder **Der Wirt** Hr. Schumm **Der Gemeindevorsteher** Hr. Rallch Die Handlung spielt zur Zeit der Kirchweih in einem böhmischen Dorf. Nach dem 1. Akt findet eine längere Pause statt. **Einschlag 7 1/2 Uhr.** Anfang 7 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. **Opern-Preis.** Billet-Verkauf an der Tageskassie von 10 (Sonn- u. Feiertags von 10 1/2) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgeld von 80 Pf.) von 1—3 Uhr. **Spielplan:** Mittwoch: Der Troubadour. Hierauf: Elektra. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Die goldene Eva. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Don Juan. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Das Glückchen des Eremiten. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Dienstag den 11. Oktober: **Waldmeister.** Operette in 3 Akten von Gustav Davis. Musik von Johann Strauß. Regie: Regisseur Luger. — Direktion: Musikdirektor Meyer. **Chefkapellmeister, Amtshauptmann** Hr. Greiner **Matwine, seine Frau** Fr. Wufe **Freda, deren Tochter** Fr. Linda **Lymoleon von Verius, Ober-Forstrat u. Direktor der Königl. Forstakademie** Hr. Heine **Botho von Wende** Hr. Bauerger **Erica** Hr. Keller **Erwin** Hr. Schröder **Frl. Pauline, Sängerin** Fr. Bogbahn **Regina** Fr. Wolff **Dora** Fr. Pohle **Witt** Fr. Hofer **Erica** Fr. Wolobach **Erasmus Friedrich Müller, Professor der Botanik** Fr. Reinhold **Jeanne, Gesellschaftsdame bei Pauline** Fr. Schäffer **Sebastian, Diener bei Hefele** Hr. Renner **Schultheiß Danner** Hr. Luger **Agathe, dessen Frau** Fr. Renner **Amstreichler Papereß** Hr. Reikner **Grethe, dessen Frau** Fr. Luger **Reinhold Schwenigel** Hr. Hennig **Hlde, dessen Frau** Fr. Henning **Martin, Oberknecht in der Waldmühle** Hr. Wärvinkel **Borens** Hr. Richter **Peter** Hr. Anslsch **Ein Diener** Hr. Renner **Forstleuten.** Freundinnen Paulines. Honoratioren des Städtchens. Forstbeamte. Müllerbesitzer. Diener u. Zeit der Handlung: Gegenwart. — Ort: Eine sächsische Provinzialstadt. Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt. **Einschlag 7 1/2 Uhr.** Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. **Gew. Preis.** Billet-Verk. a. d. Tageskassie v. 10 (Sonn- u. Feiert. 11) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (m. Aufgeld v. 80 Pf.) von 1—3 Uhr. **Spielplan:** Mittwoch: Wallenstein Lager. Hierauf: Die Piccolomini. (Halbe Preise.) Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr. — Freitag: Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr. — Sonnabend: Der Biberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Küchenzettel der sächsischen Speiseanstalten.

Mittwoch: **Speiseanstalt I (Johannplatz):** Sauerkraut mit Schweißfleisch. **Speiseanstalt II (Moienthalgasse):** Gräupchen und Blumentohl u. Kalbf.

Buckskin- und Kleiderstoff-Reste ganz bedeutend unter Preis. **J. Kirstein** Hainstrasse 19, 1 Treppe.